

**Hier
ist**

DIE LINKE.

**Wahlprogramm
Bürgerschaftswahl 2008**

Inhalt



Für einen Politikwechsel in Hamburg	3
Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen – Gegen Hartz IV Menschenwürdiges Leben und Arbeiten für Alle!	8
Unser Gegenmodell zur »Wachsenden Stadt«	14
Bildung für Alle – und zwar gebührenfrei	20
Hochschul- und Wissenschaftspolitik muss den Menschen und der Gesellschaft dienen	22
»Kultur für alle«	25
Friedensstadt Hamburg.....	29
Frauen in Hamburg.....	32
Hamburg für Alle – ökologisch, sozial und solidarisch!	34
Verkehrspolitik.....	38
Menschenwürdiges Wohnen	41
Migrations- und Flüchtlingspolitik.....	43
Gegen Rechts	47
Seniorenpolitik für Hamburg.....	48
Selbstbestimmte Behindertenpolitik.....	51
Hamburg – eine Stadt der Medien	52
Demokratie und Grundrechte	56
Linke Drogenpolitik: Hilfe statt Strafe	59
Mehr Demokratie in Hamburg: Volksgesetzgebung ausbauen	60
Eine andere Politik ist finanzierbar.....	62
Hier ist DIE LINKE!	64

Für einen Politikwechsel in Hamburg

Unter dem Motto »Hamburg für Alle – sozial, ökologisch und solidarisch« setzt DIE LINKE. Hamburg auf alternative Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungskonzepte. DIE LINKE. Hamburg steht für eine Politik gegen Ausgrenzung, Verarmung und Spaltung, wie sie durch Senat und Bürgerschaft betrieben wird:

- für ein soziales, solidarisches und ökologisches Hamburg, das Arbeit für Alle sowie Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur- und Freizeit für Alle ermöglicht;
- für ein demokratisches Hamburg, in dem seine BürgerInnen auch außerhalb von Wahlen an grundsätzlichen Entscheidungen teilhaben;
- für ein friedliches und faires Hamburg, das sich durch Weltoffenheit solidarisch entwickelt, statt durch Kriegsproduktion und Ausbeutung schädlich für Menschen in den anderen Ländern ist;
- für ein interkulturelles Hamburg, das MigrantInnen und Flüchtlingen eine Heimat bietet;
- für ein Hamburg der Gleichberechtigung, das von der Kita bis zu den Hochschulen, in Betrieben und Behörden der Benachteiligung von Frauen entgegenwirkt und die überholten Geschlechterrollen des patriarchalen Männer-Frauen-Verhältnisses aufhebt.

Wir wollen Politik und Wirtschaft demokratisieren. Die Bezirksversammlungen sollen wirksame Kommunalvertretungen werden. Wir wollen die Mitbestimmung der Beschäftigten ausweiten: Im öffentlichen Dienst, in den städtischen Betrieben, Schulen und Hochschulen. Stadtteil-, Senioren-, MigrantInnen- und Mieterbeiräte sollen Kompetenzen erhalten, um die öffentliche Infrastruktur gestalten zu können. Durch eine Novellierung des Gleichstellungsgesetzes wollen wir die Rechte der Frauen stärken.

Volksentscheide müssen Instrumente direkter Demokratie werden. Politik, die Menschen vereinzelt und vereinsamt, wollen wir beenden. Denn: Wer von der Politik nichts mehr erwartet, wird empfänglich für »einfache Lösungen«, für rechtspopulistische Parolen, rassistisches und neonazistisches Gedankengut.

DIE LINKE. Hamburg setzt der »Wachsenden Stadt« eine soziale Stadtentwicklung entgegen, die benachteiligte Stadtteile besonders berücksichtigt. Wir wollen überall in Hamburg lebenswerte Quartiere.

Hamburg: reich und sozial gespalten

Hamburg, eine Metropole mit weltweiten Verbindungen, verflochten mit anderen Völkern und Kulturen, gilt als »Stadt der Millionäre« und ist die reichste Stadt Europas. Andererseits ist Hamburg tief gespalten. Neben wenigen wohlhabenden Quartieren gibt es zahlreiche von Arbeitslosigkeit und Kinderarmut geprägte Viertel – verarmt und abgekoppelt, mit heruntergekommenen öffentlichen Einrichtungen, geschlossenen Schulen, Jugend- und Kulturzentren, Bücherhallen und Postämtern.

Die 36 reichsten Hamburger Familien verfügen über etwa genau soviel Reichtum, wie die Stadt an öffentlichem Vermögen besitzt: rund 49 Milliarden Euro. Dagegen stehen 80.000 Hamburger Erwerbslose, davon 30.000 Langzeiterwerbslose, eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, ein starker Rückgang bei den Ausbildungsplätzen und der beruflichen Weiterbildung. Erwerbslose werden mit Zwangsumzügen und Leistungskürzungen drangsaliert und in unsichere Niedriglohnbereiche abgeschoben. Für sie ist das »Tor zur Welt« ein Weg in den sozialen Absturz: 200.000 Menschen leben in Hartz-IV-Haushalten. 13.000 Menschen üben Ein-Euro-Jobs aus.

65.000 Kinder und Jugendliche in Hamburg wachsen in Armut auf, mehr als jedes fünfte Kind. Die Gebühren für Vorschulklassen schließen viele von einer frühzeitigen Bildung aus. Arme Familien erhalten häufig keine Kita-Gutscheine. Die Schulklassen werden immer größer, die Lehr- und Lernmittelfreiheit ist aufgehoben worden. Das vom Senat geplante zweigliedrige Schulsystem verteilt Lebenschancen nach sozialer Herkunft. In keinem anderen Bundesland spielt bei der Bildung der Geldbeutel der Eltern eine so große Rolle wie in Hamburg.

In Hamburg leben fast 260.000 Menschen, die keinen deutschen Pass besitzen, das sind 15 Prozent der Bevölkerung. Hinzu kommen circa zwölf Prozent eingebürgerte MigrantInnen. Demnach hat fast jede/r vierte HamburgerIn einen Migrationshintergrund. ZuwanderInnen sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, ihre Quote liegt um 30 Prozent über dem realen Anteil an der Bevölkerung. In den Schulen beträgt der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus Einwandererfamilien fast 40 Prozent. Bei den Kindern unter sechs Jahren stammt jedes zweite aus einer Einwandererfamilie, das sind 120.000 Kinder und Jugendliche. Sie haben schlechtere Ausbildungschancen, ihre Bildungsabschlüsse sind überproportional niedriger, und ein Großteil der Einwandererjugend ist sogar laut Pisa-Ergebnissen von der gesellschaftlichen Grundbildung ausgeschlossen.

Über 10.000 Menschen werden nur geduldet. Sie können jederzeit abgeschoben werden. Außerdem unterliegen sie der Residenzpflicht: Sie dürfen das Stadtgebiet nur mit Erlaubnis verlassen. Sie haben beschränkten Zugang

zur medizinischen Versorgung und zum Arbeitsmarkt, weniger soziale Rechte und keine politischen Mitspracherechte. Selbst in Bayern ist die Flüchtlingspolitik nicht so restriktiv wie in Hamburg. Sogar Familien mit minderjährigen Kindern werden in Kriegsgebiete abgeschoben.

Aufwändige Großprojekte werden ohne öffentliche Debatte und ohne Beteiligung der BürgerInnen betroffener Stadtteile durchgezogen und mit milliardenschweren Subventionen ausgestattet. Immer mehr Plätze, Straßen und Einkaufspassagen werden der Allgemeinheit entzogen.

Die Verkehrspolitik ist einseitig auf motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Die ständigen Preiserhöhungen des Öffentlichen Personennahverkehrs diskriminieren die 40 Prozent der Haushalte, die kein Auto haben. Menschen mit geringem Einkommen werden in ihrer Mobilität zunehmend eingeschränkt.

Hamburgs leistet einen steigenden Beitrag zum Klimawandel: Noch immer sind die Emissionen Hamburgs auf viel zu hohem Niveau. Teile des jahrhundertealten Obstanbaugebietes Altes Land werden faktisch an Airbus verschenkt, die hemmungslose Förderung des Autoverkehrs verschlechtert zusätzlich die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen.

Die Politik des CDU-Senats zerstört den sozialen Zusammenhalt. Die Senatspolitik der »Wachsenden Stadt« erfolgt unter Regie der Handelskammer und wird seit der Koalition der CDU mit der rechtsextremen Schill-Partei und der FDP im Wesentlichen unverändert fortgesetzt. Sie verschärft die soziale Spaltung dramatisch, weil sie die Reichen und großen Unternehmen begünstigt.

Die glatte Oberfläche von CDU-Bürgermeister Ole von Beust und seine wie Marketing zur Schau gestellte Modernität und nur scheinbare Liberalität sollen über die Brutalität der Senatspolitik hinwegtäuschen. An die »Modernisierungsverlierer« und »Verweigerer« ergeht die drohende Aufforderung, sich willig ins »Schicksal« zu fügen.

Gegen diese Politik stehen wir in eindeutiger Opposition. Die Politik der »Wachsenden Stadt« verschärft die soziale Spaltung und Polarisierung dramatisch, weil sie auf eine Begünstigung der Reichen und der Großunternehmen hinausläuft. Armut gibt es in Hamburg nicht trotz, sondern wegen des Reichtums.

Damit einher geht eine systematische Entdemokratisierung. So wurden das Polizeirecht verschärft, Ortsausschüsse aufgelöst und die Kompetenzen der Bezirksämter neu geordnet. Zwar dürfen nun konfliktträchtige Verwaltungsaufgaben von ihnen wahrgenommen werden, aber der Senat hat durch das so genannte »Evokationsrecht« jederzeit die Möglichkeit, alles an sich zu ziehen – bis hin zur Festlegung von Straßennamen. Stärker als bisher

steuert der Senat durch Budgetierung und Investitionsentscheidungen, denn die Bezirke haben nur geringe Mittel und keine Personalhoheit. Wehren sich Bürger und führen Volksabstimmungen durch – wie beim Verkauf des Landesbetriebs Krankenhaus, der Privatisierung der Berufsschulen oder dem Wahlrecht –, dann setzt sich der Senat über den Mehrheitswillen der Bürger hinweg. Drei Mal bereits.

Gesellschaftlicher Reichtum und Lebenschancen sind ungleich verteilt, weil die Möglichkeiten, mit denen alle HamburgerInnen in Wohlstand, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden leben könnten, durch eine marktradikale, neoliberale Politik zerstört werden. Die Präambel der Hamburger Verfassung wird verletzt: Hamburg soll im Geiste des Friedens Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern sein, durch Förderung und Lenkung ihrer Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgabe und zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs aller beitragen. »Um die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verwirklichen, verbindet sich die politische Demokratie mit den Ideen der wirtschaftlichen Demokratie.«

Daran gemessen, begehen die politisch Verantwortlichen seit Jahren einen Verfassungsbruch nach dem anderen. DIE LINKE. Hamburg fordert, dass die Ziele der Hamburgischen Verfassung die Arbeitsgrundlage der neuen Regierung werden, und wird mit Information, Aufklärung, der politischen Auseinandersetzung und allen Formen des demokratischen Widerstandes, vor allem auch außerparlamentarisch, dazu beitragen. Ein anderes Hamburg ist möglich: Schaffen wir eine Stadt für Alle – sozial, ökologisch und solidarisch!

Die linke Opposition

DIE LINKE. Hamburg tritt für die Unverletzlichkeit der Würde des Menschen gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ein, für seine individuellen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte und das Recht auf Frieden. Ihre zentralen Bezugspunkte sind Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen müssen so gestaltet werden, dass alle Menschen an den erkämpften sozialen Errungenschaften und am Produktionsprozess teilhaben können – »alle« bedeutet auch diejenigen mit ausländischem Pass.

DIE LINKE ist seit den Bundestagswahlen 2005 in Fraktionsstärke im Bundestag vertreten. Der Fraktion gehört mit Professor Dr. Norman Paech ein Abgeordneter an, der mit den Stimmen der Hamburger BürgerInnen gewählt wurde. Bei der kommenden Bürgerschaftswahl im Februar 2008 haben die Hamburger BürgerInnen auch eine demokratische Alternative für eine solidarische und soziale Gestaltung der Politik in dieser Stadt. Die Kandidatur

unserer Partei DIE LINKE. Hamburg gibt dem Widerstand eine parlamentarische Stimme – in der Bürgerschaft und in den Bezirken. Wir unterstützen den Kampf gegen weiteren Sozialabbau, gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, gegen Prestigeprojekte, gegen Kürzungen im Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sozialbereich, gegen Umweltzerstörung, für Demokratisierung, besseres Wohnen und bessere Bildung, für Arbeitsplätze und lebenswerte Stadtentwicklung – für alle BürgerInnen, die hier leben, wir wiederholen es bewusst, mit deutschem oder ausländischem Pass.

Eine andere Politik ist möglich, auch und gerade in Hamburg.

Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen! Gegen Hartz IV! Menschenwürdiges Leben und Arbeiten für Alle!

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Im August 2007 waren über 230.000 Hamburgerinnen und Hamburger auf öffentliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Das sind 13,5 Prozent der Bevölkerung. Arbeitslosengeld II (ALG) erhielten 200.000, Sozialhilfe 9.000 und Grundsicherung 24.000 Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus gibt es eine große Anzahl Erwerbsloser, die keine Leistungen mehr beziehen, weil sie zum Beispiel in einer »Bedarfsgemeinschaft« leben.

Die Lebensumstände der abhängig Beschäftigten, der kleinen Selbständigen, der Erwerbslosen, RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen werden immer unsicherer: Lohn- und Sozialabbau, Selbstausbeutung, Gängelung und Kürzungen am Lebensnotwendigen. Wer arm ist, erhält weniger Bildung, wird zu minderwertiger Arbeit gezwungen, hat insgesamt weniger Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe, ist häufiger krank, stirbt im Schnitt zehn Jahre früher. Diese Situation ist das Ergebnis einer Bundes- und auch Landespolitik im Interesse des großen Geldes.

Diese Zustände sind unhaltbar. Daher treten wir für einen grundlegenden Politikwechsel ein, der zum einen Armut direkt bekämpft und zum anderen Beschäftigung schafft. Langfristig setzen wir uns für Vollbeschäftigung durch die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze mit auskömmlicher Entlohnung ein.

Eine nachhaltige Armutsbekämpfung wird nur so von Dauer sein, denn die Menschen müssen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Politikwechsel heißt für uns auch: Der Staat muss sich aktiv für mehr Beschäftigung einsetzen, dies nicht dem »freien« Markt überlassen und erforderlichenfalls auch in den Konflikt mit der privaten Wirtschaft gehen.

Dafür machen wir politisch Druck! Wir unterstreichen daher unsere grundsätzliche Kritik: Hartz IV ist Armut per Gesetz!

Mehr noch: Mit diesem Kernelement neoliberaler Politik wird die Massenerwerbslosigkeit, noch weiter verschärft: Der Druck auf diejenigen, die einen festen Arbeitsplatz haben, wird größer und größer: Die Arbeitsbedingungen werden schlechter, die Arbeitshetze nimmt zu. Aus Angst vor Hartz IV soll man Zugeständnisse in jeder Form machen, nur um den Job nicht zu verlieren. Hartz IV ist auch Lohndumping per Gesetz.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Menschen zu erpressen und zu spalten: zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, zwischen Beschäftigten innerhalb eines oder verschiedener Betriebe. Wir kämpfen gegen diese Einschüchterungen. Wir lassen nicht zu, dass man sich mit diesen unzumutbaren Zuständen abfindet oder sich daran gewöhnt. Wir wollen Perspektiven eröffnen und zu Protest und Solidarität ermuntern.

Dabei verbinden wir unsere grundlegende Kritik an Hartz IV und unser langfristiges Ziel für menschenwürdige, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze für Alle mit konkreten Vorschlägen, die auch kurzfristig eine Besserung der sozialen Lage herbeiführen. Damit strafen wir die Behauptung der etablierten Parteien Lüge, dass der Hartz-IV-Weg alternativlos sei.

Der von der LINKEN angestrebte Politikwechsel bedeutet in vielen Bereichen der Arbeit und der Gesellschaft weitreichende Veränderungen, die im weiteren Prozess der Entwicklung eines breiten Bündnisses vielfacher Konkretisierungen und Ergänzungen bedürfen. Wir sind uns bewusst, dass die nachfolgend skizzierten Regelungen den gesellschaftlichen Richtungswechsel abstecken, diese also weiter ausgearbeitet werden müssen.

DIE LINKE als politische Kraft eines grundlegenden Politikwechsels muss sich auf Bundesebene für eine Sozial- und Arbeitsgesetzgebung einsetzen, die mit der neoliberalen Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte Schluss macht und die Grundrechte der abhängig Beschäftigten, der sozial Schwächeren und Geringer bezahlten sichert. Zu den Bausteinen eines solchen Politikwechsels gehören auf Bundesebene – unter anderem auch durch eine aktive Politik des Hamburger Senats im Bundesrat:

- Die Abschaffung der Hartz-Gesetze;
- solange diese Gesetze nicht abgeschafft sind, eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze für die unterschiedlichen Hilfen zum Lebensunterhalt (Sozialgesetzbuch II und XII). DIE LINKE in Hamburg tritt für eine Erhöhung des Regelsatzes auf mindestens 500 Euro ein;
- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von mindestens 8 Euro, mit dem Ziel einer weiteren Erhöhung über 10 Euro
- eine deutliche Rentenerhöhung und Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre;
- eine Steuerreform zu Gunsten der Armen und Beschäftigten, zu Lasten der großen Unternehmen und der Vermögenden.

Auf der Ebene der Landespolitik fordern wir eine bedarfsorientierte Sozialpolitik, das heißt die Gewährleistung sozialer Hilfen und Unterstützungsleistungen im tatsächlich notwendigen Umfang und nicht nach Maßgabe haushaltspolitischer (Spar-)Vorgaben.

Dazu gehören:

- Verstärkte Hilfen bei besonderem individuellen Hilfebedarf sowie besondere Unterstützung für Eltern, um eine gesunde Ernährung der Kinder zu sichern;
- keine Zwangsumzüge;
- Erhöhung der Obergrenzen angemessener Unterkunftskosten und ihre jährliche Anpassung;
- großzügige Ausschöpfung der bereits laut Verwaltungsanweisung möglichen Ermessensspielräume, in Einzelfällen ggf. auch deren Erweiterung;
- Anerkennung der tatsächlichen Wohnungskosten und Mietnebenkosten;
- ausreichend öffentlich geförderten Wohnraum und entsprechender Einfluss auf die Wohnungsbaugesellschaften, dass dieser auch den Bedürftigen zwecks Anmietung zur Verfügung gestellt wird (und zwar unabhängig von einem eventuell bestehenden Schufa-Eintrag);
- Erhöhung des Bestands an preiswerten Ein-Personen-Wohnungen im sozialen Wohnungsbau;
- Sozialticket im Öffentlichen Personennahverkehr für sozial benachteiligte BürgerInnen als Einstieg in den Nulltarif zur Sicherstellung der Mobilität und der gesellschaftlichen Teilhabe;
- freier Eintritt zu öffentlich geförderten Einrichtungen und Veranstaltungen in Hamburg.

Stopp der Massenerwerbslosigkeit: Landesprogramm Arbeit

Die bisherige Förderung privater Unternehmen mit Milliarden von Steuergeldern hat die Gewinne großer Unternehmen erheblich gesteigert und die Lage der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen massiv verschlechtert.

Notwendig ist ein neuer Ansatz in der Arbeitsmarktpolitik. Um dem Bedarf an sinnvoller, menschenwürdiger Arbeit entgegenzukommen, fordern wir ein »Landesprogramm Arbeit«.

Dieses soll aus folgenden Säulen bestehen:

- aus einer aktiven Beschäftigungspolitik, die, ausgehend von staatlichen Investitionsprogrammen in die öffentliche Infrastruktur gemäß dem gesellschaftlichen Bedarf (sozialer Wohnungsbau, Stadtentwicklung, öffentlicher Verkehr, Umweltschutz, Gesundheit), auch Steuerreformen in Angriff nimmt, und dabei die Gewinne und hohen Einkommen zur Finanzierung dieser Vorhaben heranzieht;
- aus einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich von zunächst allgemein 35 Wochenstunden mit der Perspektive weiterer Reduktion,

beginnend im öffentlichen Dienst – damit mehr BürgerInnen auskömmliche Arbeit finden und der Reichtum von oben nach unten umverteilt wird;

- aus einem gesetzlichen Mindestlohn, der Armut trotz Arbeit verhindert;
- aus dem Verzicht von staatlich verordneter, sinn- und perspektivloser »Beschäftigung«;
- aus der Abschaffung der grundrechtswidrigen Ein-Euro-Jobs.

Unser Ziel ist, dass alle Menschen reguläre, sozialversicherungspflichtige und menschenwürdige Beschäftigungsverhältnisse mit auskömmlichem Einkommen und entsprechend ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten erhalten können.

DIE LINKE spricht sich gegen eine weitere Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes aus, welches weitere Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Betroffenen mit sich bringt.

Derzeit resultiert aus den Ein-Euro-Jobs ein drastischer Verdrängungseffekt sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, der zunehmende Ausstieg aus dem zweiten Arbeitsmarkt mit seinen schon verminderten arbeits- und sozialrechtlichen Standards und parallel ein dritter Arbeitsmarkt, dessen rechtliche Ausgestaltung eines sozialen Rechtsstaates nicht würdig ist.

Als Einstieg in eine Trendwende weg von der Massenerwerbslosigkeit hin zu Vollbeschäftigung und zur konkreten Entlastung der berufstätigen wie erwerbslosen Menschen wollen wir einen Weg staatlich finanzierter Beschäftigung einschlagen. In ihm sollen die erkämpften tariflichen Standards und die Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigten gelten, um gesellschaftlich notwendige Aufgaben, beispielsweise im Bereich der Bildung, der Kultur, der Ökologie sowie des Sozial- und Gesundheitswesens, zu erfüllen.

Darüber hinaus kann und soll mit staatlich finanzierter Beschäftigung der Bereich »zwischen Staat und Privatwirtschaft« ausgebaut werden, also die Förderung von Beschäftigung im Bereich nicht-kommerzieller, nicht profitorientierter Träger, um der nicht-privatwirtschaftlichen und genossenschaftlich organisierten Arbeit mit emanzipatorischem Anspruch zu fördern.

Der öffentliche Dienst hat beschäftigungspolitische Auswirkungen, seine primäre Aufgabe ist jedoch nicht die Beschäftigungspolitik. Seine Aufgabe besteht in der Erweiterung des gesellschaftlichen Reichtums durch sozialkulturelle Dienstleistungen – allein das schafft eine für alle Menschen sinnvolle Entwicklung des Gemeinwesens. Dafür muss endlich wieder mehr Personal eingestellt werden!

Wie groß das unausgeschöpfte Potenzial öffentlicher Beschäftigung ist, zeigt ein Blick auf die arbeitsmarktpolitisch überaus erfolgreichen skandinavischen Länder: Während dort der Staatsanteil an der Beschäftigung bei rund 33 Prozent liegt, macht er in Deutschland gerade einmal 12 Prozent aus.

Für die rund 30.000 Langzeiterwerbslosen in Hamburg wollen wir neue Lebensperspektiven anbieten. Durch die Einbeziehung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Interessenvertretungen von Erwerbslosen in einen »Beirat für staatlich finanzierte Beschäftigung« wird sichergestellt, dass kein einziger Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst beeinträchtigt oder gefährdet wird. Anders als bislang hat dieser Beirat nicht die Aufgabe als Feigenblatt der Wirtschaftsbehörde zu dienen, sondern ist als Kontrollorgan zu verstehen, das regelmäßig zusammentritt. Er tagt öffentlich und ist publizitätspflichtig.

Letztlich kann und soll ein solches Landesprogramm Arbeit nur eine Übergangsstufe zu einer Ausweitung öffentlicher sozialkultureller Dienstleistungen sein. Als Träger öffentlich finanzierter Beschäftigung sind dabei nur solche Organisationen möglich, die sich gemeinwohlorientierten Zielen verpflichten und folglich die gewerkschaftlich eingeforderten Tarifstandards einhalten. In Frage kommen dafür Vereine, Genossenschaften, Sozialbetriebe als Träger von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Diese Genossenschaften, Vereine etc. unterliegen nicht dem Gewinnprinzip und müssen die arbeitsrechtlichen Bestimmungen im Interesse der Beschäftigten vollständig erfüllen. Diese Träger sind bisher in die Strukturen der Agenda-2010- bzw. Hartz-IV-Politik eingebunden; das heißt auch, dass sie größtenteils das menschenunwürdige Repressionsystem mit praktizieren und ihren Nutzen daraus ziehen.

Unsere Alternative dazu ist eine demokratische Gestaltung von Trägern unter strikter öffentlicher Kontrolle, bei denen die Arbeitsplätze human gestaltet sind, auskömmlich entlohnt werden und demokratische Teilhabe möglich ist.

Die Organisation gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller Arbeit kann in der Perspektive mehr und mehr in der Eigenregie der Akteure der Zivilgesellschaft erfolgen (Selbstorganisation). Andererseits sollen – zur Stärkung der Handlungsmacht der von Erwerbslosigkeit Betroffenen – auch stadtteilbezogene Genossenschaften und Gruppen von Erwerbslosen Trägerinnen staatlich finanzierter Beschäftigung werden können. Erlöse aus den durch die Tätigkeiten erstellte Produkten bzw. Dienstleistungen sind vorrangig für nachfolgende Projekte und Qualifizierung einzusetzen.

Träger, die gesellschaftlich notwendige Aufgaben wahrnehmen, müssen wieder in eine verlässliche Bewilligungsstruktur eingebunden werden, damit sie nicht – wie gegenwärtig – Erfüllungsgehilfe des Repressionsapparates »Arge« bleiben. Damit werden sie in die Lage versetzt, ihre originären Aufgaben mit emanzipatorischem Anspruch wahrzunehmen.

Abschaffung der Ein-Euro-Jobs

DIE LINKE fordert die sofortige Abschaffung der Ein-Euro-Jobs. Die dadurch freiwerdenden Gelder sollen zur Schaffung öffentlich finanzierter Beschäftigung genutzt werden. Falls die für die Finanzierung der Ein-Euro-Jobs eingesetzten Mittel der Bundesagentur für Arbeit nicht freigegeben werden, sollen Mittel aus dem Landesetat für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse eingesetzt werden. Darüber hinaus müssen die historisch erkämpften arbeits- und sozialrechtlichen Standards im »Landesprogramm Arbeit« gewährleistet werden. Dies verlangt die Rücknahme der gegenwärtigen Disziplinierungs- und Repressionsmaßnahmen, die sich aus den Strukturen der Agenda-2010- bzw. Hartz-IV-Politik ergeben.

Staatlich organisierten Arbeitszwang durch Sperrzeiten, Kürzungen des ALG II oder ähnliche Repressionen lehnen wir ab.

So wollen wir die Abwärtsspirale aus Erwerbslosigkeit, Konkurrenz und Lohndumping durchbrechen. Es gibt immer eine Alternative!

Unser Gegenmodell zur »Wachsenden Stadt«

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Die wirtschaftspolitische Konzeption der »Wachsenden Stadt«, des neoliberalen Regierungsprogramms des CDU-Senats, orientiert sich an den Belangen prestigeträchtiger »Zukunftsindustrien« der Konzerne und vernachlässigt eine ausgewogene räumliche und branchenbezogene wirtschaftliche Entwicklung.

Eine Förderung von Wirtschaftsklustern, die zur dauerhaften Subventionierung vermeintlich zukunftsweisender Wirtschaftszweige führt, bedient nur die Interessen der Kapitaleigner, nicht jedoch die Belange der Mehrheit der Hamburger Bevölkerung.

Die Entscheidung über die Förderung bestimmter Netzwerkindustrien muss sich daran orientieren, dass menschenwürdige Arbeitsplätze für gesellschaftlich sinnvolle und bedarfsgerechte Produkte entstehen, in denen die vorhandenen Qualifikationen der Menschen genutzt und weiterentwickelt werden.

Hierfür leisten Elemente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, etwa Weiterbildungsmaßnahmen und Umschulungen, einen Beitrag. Brüche in der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur können so vermieden oder abgefedert werden. Wir wollen die Sparpolitik des CDU-Senats auch in diesen Bereichen beenden.

Die externen Effekte von Netzwerkindustrien sind im Hinblick auf die konkrete Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Hamburg und der Region zu überprüfen. Unsinnig ist die Förderung von »Sonderwirtschaftsbereichen« ohne Anbindung an die übrige wirtschaftliche Entwicklung.

An Stelle einer nationalen und internationalen Konkurrenz um die höchsten Subventionen und die niedrigsten Arbeitsstandards soll eine Verständigung mit anderen Ballungsräumen und Regionen über eine kooperative Spezialisierung angestrebt werden.

Das Engagement der Freien und Hansestadt Hamburg sollte sich auf eine nur vorübergehende Subventionierung konzentrieren. Bei der Auswahl von förderungswürdigen Netzwerkindustrien ist zu berücksichtigen, in welchem Maß ein öffentliches Interesse an einer Produktion oder der Erbringung von Leistungen besteht und eine ökologische und sozial ausgewogene stadträumliche Entwicklung Hamburgs gestärkt wird.

Im Rahmen eines Gesamtkonzepts der wirtschaftlichen Entwicklung soll die Verbindung von schulischer Bildung und Ausbildung sowie Forschung und

Lehre in den Hochschulen gesucht werden. Hierbei ist die Unabhängigkeit und Freiheit der Hochschulen zu wahren bzw. wiederherzustellen, das Ziel einer Ausweitung schulisch vermittelter Allgemeinbildung zu berücksichtigen und eine zu starke Spezialisierung der Bildung und Ausbildung zu vermeiden.

Wirtschaftspolitik und Stadtentwicklung: Arbeit, Kultur und Freizeit in alle Stadtteile!

Zu einer sozial und solidarisch orientierten Wirtschaftspolitik zählt die Förderung benachteiligter Stadtteile. Sie muss einem umfassenden Ansatz folgen und darf sich nicht auf ein nachsorgendes »Sozialmanagement« beschränken. Die Konzentration des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur auf die Wohnorte der gut verdienenden und fiskalpolitisch interessanten Besserverdienenden muss beendet werden. Wir wollen eine allmähliche, aber stetige Angleichung der Lebensverhältnisse, indem wir den Ausbau der lokale Ökonomie und der öffentlichen und öffentlich geförderten Beschäftigung verfolgen.

Wir wollen erreichen, dass durch eine neue Stadtentwicklung und Stadtplanung Wohnen, Arbeit und Freizeit lokal miteinander verbunden werden, so dass die Lebensbereiche der Hamburger BürgerInnen nah beieinander liegen. Deswegen müssen Strukturen verteilter und kleinbetrieblicher, lokal ansässiger Betriebe sowie von wohnortnahen Filialen großer Unternehmen, insbesondere im Einzelhandel, erhalten bleiben bzw. geschaffen werden. Hierzu zählt auch die Unterstützung von Genossenschaften im Handwerk, Kultur-, Sozial- und Bildungsbereich sowie in bevölkerungsnahen Dienstleistungen. Zeitaufwändige und ökologisch nachteilige Transport- und Kommunikationswege werden vermieden bzw. verkürzt.

Von Arbeit muss man leben können

Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, weitere Niedrig-, Niedrigstlohnsektoren oder Kombilohnmodelle einzuführen. Reguläre Arbeitsplätze müssen existenzsichernd sein. Bundesweit sind über 600.000, in Hamburg über 20.000 Vollzeitberufstätige darauf angewiesen, zusätzlich Arbeitslosengeld II in Anspruch zu nehmen, weil sie von ihrem Arbeitseinkommen nicht existieren können. DIE LINKE. Hamburg tritt für den gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro ein.

Frauen werden als Erwerbslose wie auch am Arbeitsplatz immer noch besonders benachteiligt. Wir befürworten deshalb gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt.

Die Kindertagesbetreuung muss bedarfsgerecht ausgebaut werden, ohne dass die Vielfalt eingeschränkt wird, damit es Müttern und Vätern ermöglicht wird, Arbeit anzunehmen, wenn sie das wollen.

Wir unterstützen die Bestrebungen der Gewerkschaften nach weiteren Arbeitszeitverkürzungen. Wir werden in Absprache mit ihnen prüfen, ob eine Bundesratsinitiative sinnvoll ist, die eine 35-Stunden-Woche per Gesetz verankert. Langfristig sehen wir die Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich als das wirksamste Mittel an, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und allen Menschen ein würdevolles, unabhängiges Leben zu ermöglichen.

Jedem Jugendlichen eine berufliche Erstausbildung: Wer nicht ausbildet, soll zahlen!

In Hamburg suchten circa 6.400 SchulabgängerInnen im Jahr 2007 eine Lehrstelle. Weil Jahr für Jahr das Angebot an Ausbildungsplätzen unzureichend ausfällt, werden viele Jugendliche in Weiterbildungskurse oder schulische Warteschleifen abgeschoben. Insgesamt lag 2007 die Anzahl der Hamburger Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, bei über 26.900. Vor allem Hauptschüler haben so gut wie keine Chance. Hinzu kommt, dass in Hamburg zwölf Prozent der SchülerInnen eines Jahrgangs ohne Abschluss die Schule verlassen. Die Unternehmen haben sich längst von der Logik verabschiedet, eine Ausbildungsquote von zehn Prozent der Belegschaft einzuhalten. Nur 16 Prozent aller Hamburger Unternehmen bilden aus.

Die Lösung der Ausbildungsplatzprobleme erfordert ein deutlich erweitertes Angebot der Unternehmen. Es gibt reichlich Talente unter den Jugendlichen, die zum Teil jahrelang auf der Suche nach einem zukunftsfähigen Ausbildungsplatz sind. DIE LINKE fordert daher die gesetzliche Ausbildungsumlage für Hamburg. Darüber hinaus bietet das Berufsbildungsgesetz die Möglichkeit, verstärkt vollqualifizierende Ausbildungsgänge an Berufsschulen anzubieten, die zu einem anerkannten, tariffähigen Beruf führen.

Öffentliche Aufträge nur bei Einhaltung von Tarif- und Sozialstandards

Das Hamburger Vergabegesetz, das die CDU verschlechtert hat und ganz abschaffen will, ist dringend notwendig und muss mit erweitertem Geltungsbereich über den 31. Dezember 2008 hinaus erhalten bleiben. Zur Absicherung der Arbeits- und Tarifbedingungen sowie der erreichten Sozialstandards ist die Umsetzung des Vergabegesetzes in Hamburg für alle Aufträge aller öffentlicher Unternehmen sowie aller Gesellschaften und Firmen, an denen die Stadt Hamburg beteiligt ist, notwendig.

Die Umgehung des Gesetzes unter dem Vorwand, dass Unternehmen, die im Wettbewerb stünden, ausgenommen werden müssten, ist zu unterbinden. Alle Verstöße gegen das Vergabegesetz und die Tariftreueerklärung

sind konsequent zu sanktionieren. Das durch den CDU-Senat abgeschaffte Korruptionsregister ist wiedereinzuführen und streng anzuwenden, da es laut Statistischem Landesamt wieder eine wachsende Anzahl von Korruptionsfällen gibt.

Stopp von Privatisierungen – statt dessen Rekommunalisierung der verkauften Unternehmen

Privatisierung findet in verschiedenen Formen statt: als Überführung öffentlicher in private Unternehmen wie bei der Bahn, als private Bereitstellung bisher öffentlicher Dienstleistungen – etwa in der Bildung oder der Kultur – und indem soziale Sicherungen an private Finanzmärkte übertragen werden.

Die Politik der Privatisierung wurde – und wird – mit verlockenden Behauptungen (wie für höhere Qualität öffentlicher Einrichtungen), nicht ernstgemeinten Versprechungen (wie nach mehr Freiheit) bis hin zu handfesten Drohungen (wer nicht Folge leiste, werde entlassen) durchzusetzen versucht. Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Es wird immer deutlicher, dass Privatisierung vor allem schrankenlose Verwertung von jedem und allem bedeutet: Stellenabbau, Armut, Entsolidarisierung, kulturelle Entwertung und Zerstörung. Die Teilhabe der Einzelnen am gesellschaftlichen Leben, an Bildung, Gesundheit und Kultur wird mehr und mehr abhängig vom Einkommen sein. Derweil feiert man an Börse, wenn Arbeitsplätze abgebaut werden und der Aktienkurs steigt. Gleichwohl ist es erforderlich von einer Krise der Deregulierung und Privatisierung zu sprechen, denn: Autos kaufen keine Autos, und Kapital kann nicht arbeiten.

Die Tendenz zur Marktöffnung für öffentliche Güter und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ist in Westeuropa ungebrochen. Nachdem die industriellen Unternehmen und Netzwerkindustrien überwiegend in der Hand von Aktiengesellschaften und transnationalen Konzernen sind, wird der Griff auf andere Dienstleistungen verstärkt. Im Zentrum stehen neuerdings Gesundheit und Bildung. Der Hamburger Senat privatisiert nach eigener Erklärung nicht, um den städtischen Haushalt zu sanieren, sondern: Privatisierung ist hier politisches Ordnungsprogramm.

Von 2002 bis 2006 »erlöste« der CDU-Senat durch Verkauf circa 4,2 Milliarden Euro – zuletzt durch den Verkauf von Immobilien im Wert von circa einer Milliarde Euro. Seit 1994 betrug die Privatisierungserlöse bis 2005 laut Hamburger Rechnungshof insgesamt circa 6,6 Milliarden Euro. Im Finanzhaushalt 2007 bis 2010 sind weitere 1,8 Milliarden Euro an »Vermögensmobilisierungen« vorgesehen. Unter dem Strich sind die VerbraucherInnen, die Beschäftigten und die BürgerInnen allesamt geschädigt worden, damit die Banken und großen Unternehmen Reibach machen.

Es ist mehrfach bewiesen worden, dass die vollmundigen Versprechungen, die mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen gegeben wurden, illusionär waren. Ob beim Verkauf der HEW oder bei der Veräußerung der städtischen Krankenhäuser, im Endeffekt haben die BürgerInnen und die Beschäftigten die negativen Folgen zu tragen. Unsere Positionen:

- Durch den Verkauf der HEW an Vattenfall verlor Hamburg jeglichen Einfluss auf die Entwicklung des Strommarktes und der Preise. Zugleich steht Vattenfall im Brennpunkt öffentlicher Kritik wegen der Pannen in Brunsbüttel und Krümmel, wegen des geplanten Kohlkraftwerkes und der betriebenen Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. DIE LINKE. Hamburg tritt dafür ein, dass Schlüsselbereiche wie Energie, Wasser, Verkehr und Bildung öffentliches Eigentum und damit der demokratischen Mitbestimmung der BürgerInnen unterworfen sind.
- Auf eine vollständige Privatisierung der HHLA hat der CDU-Senat erst nach heftigen Protesten der Belegschaft verzichtet. Die Beschäftigten hatten sich gegen einen Teilverkauf gestemmt und waren mehrfach auf die Straße gegangen. Die Hafendarbeiter und ihre Gewerkschaft ver.di haben für einen hundertprozentigen Verbleib von HHLA, Speicherstadt und Fischmarkt im Eigentum der Stadt gekämpft. Der Börsengang mit 30 Prozent Stammaktien war der einzige Kompromiss, der angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse in der Hamburger Bürgerschaft erreichbar war. Die Finanzierung der Zukunftsinvestitionen ist auch ohne Verkauf und ohne Börsengang leistbar. Der Hafen ist gleichfalls ein Schlüsselsektor für die Hamburger Arbeits- und Lebensverhältnisse und muss im öffentlichen Eigentum bleiben.

DIE LINKE ist für einen weiteren Ausbau der Hafenumschlagkapazitäten in Hamburg. Wir sind auch für den Bau eines weiteren Containerterminals in Hamburg. Entscheidend für uns ist, dass dieses neue Terminal auf dem vorhandenen Hafengebiet (z. B. Kuhwerder/Steinwerder) gebaut wird.

Ein Plattmachen weiterer Gebiete zugunsten der Hafenerweiterung (z.B. Moorburg) lehnen wir ab. Das bestehende Hafengebiet bietet genügend Platz, um die Umschlagkapazitäten zu erweitern.

Für DIE LINKE ist es entscheidend, dass die Vergabe neuer Terminals nur an solche Betreiber geschieht, die den in den deutschen Seehäfen gültigen Flächentarif anwenden.

Im Zentrum der Debatten stehen der Landesbetrieb Krankenhaus (LBK) und Pflegen & Wohnen. Die *Beschäftigten* sind unzufrieden, und eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Entgeltbedingungen zeichnet sich nicht ab. Wenn der Massenabwanderung von Personal nicht durch eine umfassende Konzeption begegnet wird, muss ein Versorgungsnotstand befürchtet wer-

den. Der sich abzeichnende Weggang qualifizierter MitarbeiterInnen wird die internen Probleme bei den Kliniken weiter erhöhen.

Die *PatientInnen* reagieren auf die Verschlechterung der Versorgungsqualität mit Kritik und Beschwerden. Eine Beseitigung dieser Mängel ist nur mit den Beschäftigten und damit einer Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu haben.

Die öffentlichen Finanzen sind durch den Verkauf des LBK nicht entlastet, sondern im Gegenteil massiv belastet worden. Neben der völlig unzureichenden Ablösezahlung durch Asklepios in Höhe von 15 Millionen Euro kommen jetzt mit dem angestrebten Einsatz der »RückkehrerInnen« in öffentliche Bereiche weitere jährliche finanzielle Aufwendungen von circa 75 Millionen Euro auf die Stadt zu.

DIE LINKE. Hamburg verfolgt eine Politik der Rekommunalisierung aller dieser privatisierten öffentlichen Unternehmen. Etliche Kommunen in Deutschland können positive Erfahrungen vorweisen, seit dem sie die privatisierten Unternehmen wieder in Eigenregie übernommen haben. Wir werden uns mit den neuesten Teilverkäufen (HHLA; Hochbahn) nicht abfinden. Im Zentrum steht zunächst die Rückholung des Landesbetriebs Krankenhaus und der Unternehmung Pflegen & Wohnen.

Hamburg kann auf die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung (HGV) zurückgreifen, um eine Rekommunalisierung der Unternehmen schrittweise zu verwirklichen. 2003 hat die HGV den zeitweiligen Ankauf eines Anteils von zehn Prozent an der Beiersdorf AG in Höhe von insgesamt 1,21 Milliarden Euro vollständig kreditär finanziert. Die Rekommunalisierung kann über den gleichen Weg erfolgen. Die Bilanzsumme der HGV liegt bei über sieben Milliarden Euro, insofern ist ein Ankauf eines Unternehmensanteils in maximal dreistelliger Millionengröße kein Problem.

Bildung für Alle – und zwar gebührenfrei

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Wir streben ein einheitliches und demokratisches Bildungssystem in Hamburg an. Es soll von der Vorschule bis zur Kollegschule einschließlich Berufsschule und bis zur Weiterbildung reichen. Bildung soll der umfassenden Entwicklung der Persönlichkeit aller Menschen dienen, so dass sie lernen, Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft zu übernehmen und sich allein und in Gemeinschaft mit anderen gegen Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Krieg sowie soziale Ausgrenzung zu wehren. Alle Menschen haben einen Rechtsanspruch auf Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Alle Menschen, kulturelle und soziale Minderheiten, Behinderte und MigrantInnen nehmen wie alle anderen am Regelunterricht teil.

Eine Schule ohne »Abschulen« und »Sitzenbleiben« bietet die Voraussetzungen, alle mitzunehmen und entsprechend ihren Fähigkeiten zu fördern. Dazu gehört auch die Durchlässigkeit und das Offenhalten der Schullaufbahn nach oben: Es soll jederzeit ein Wiedereinstieg in Bildung möglich sein.

Wir treten für Reformpädagogik und fortschrittliche Inhalte ein. Wir wollen weg von einer Kontrollpädagogik hin zu einer Pädagogik der Schülerschule. Dazu gehören flexible Einschulung und Schuldauer. Jahrgangsübergreifende Klassen und offener Unterricht unterstützen das soziale selbstverantwortliche Lernen. Selbsteinschätzung statt Zeugnisse und Schulnoten sind Regelformen dieser Schule.

Demokratie, Mit- und Selbstbestimmung gehören an jede Schule. In allen Schulstufen und -einrichtungen (also bereits auch in Vorschule und Kindergarten) erhalten die SchülerInnen, die Eltern und die Beschäftigten ein Mitbestimmungsrecht. Klassenräte, Schulkonferenzen und Elternräte werden paritätisch besetzt. Schulleitungen werden auf Zeit gewählt und können jederzeit abgewählt werden. Alle Schulen verwalten sich selbst, bestimmen eigenständig über Qualitätssicherung (Selbstevaluation) und entscheiden über ihr Schulprogramm. Kooperationen im Bezirk werden angestrebt.

Keine Klasse soll mehr als 25 SchülerInnen haben (Höchstfrequenz). Den Stadtteilen mit großen Gruppen von MigrantInnen und Arbeitslosen werden zusätzliche Lehrerstunden zugewiesen, damit keine Klasse mehr als 20 SchülerInnen hat. Die Unterrichtsverpflichtung der LehrerInnen wird schrittweise auf 23, später auf 20 Lehrerwochenstunden abgesenkt. Die Kürzungen bei Teilungs- und Förderstunden werden aufgehoben. Dazu ist die Schaffung von 3.000 Lehrerplanstellen erforderlich.

Es soll in Zukunft eine einheitliche Ausbildung für alle Lehrenden, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen mit Schwerpunkt einer Bildungsstufe geben. Theorie und Praxis, fächerübergreifendes Arbeiten, interkulturelles Arbeiten werden integriert. Das HIBB (Hamburger Institut für Berufliche Bildung) wird aufgelöst, die Berufsschulen wieder in die Schulbehörde eingegliedert.

Alle Bildungsformen und -abschnitte werden öffentlich organisiert und sind, ebenso wie die Lehr- und Lernmittel, für die Teilnehmenden gebührenfrei, das gilt auch für Krippe, Kita, Vorschule und Hochschule. Jedes Kind hat das Recht auf einen Ganztagsplatz.

Alle Auszubildenden, SchülerInnen ab Klasse 10 und Teilnehmenden in Berufs- und Weiterbildung erhalten elternunabhängiges bedarfsdeckendes BAföG, ein Gehalt oder entsprechende Unterstützung der Arbeitsagentur.

Eine Schule für alle: Im Zentrum dieses Systems steht die längere, gemeinsame einheitliche Schule als Ganztagschule für alle SchülerInnen, beginnend mit der Kita/Vorschule bis einschließlich zehntes Schuljahr. Diese Schule für alle ist die im Stadtteil angesiedelte Quartierschule, als Ganztagschule organisiert. An die Schule für alle schließt die Kollegschule (Klassen 11 bis 13) an. Sie endet mit einer Studienbefähigung und einer anerkannten Berufsausbildung.

Mit den Betroffenen soll beraten werden, ob die schrittweise Einführung der einen Schule für alle über freiwillige Pilotschulen oder die Stadtbezirke nacheinander erfolgt.

Der bisherige Weiterbildungsdschungel wird schrittweise in die Volkshochschulen integriert.

Die Berufsausbildung wird über die landesbezogene Ausbildungsumlage und staatliche Zuschüsse finanziert. Eine Fondsabgabe der Unternehmen, die Arbeitsagentur und staatliche Zuschüsse finanzieren die Weiterbildung. Es werden erheblich mehr Mittel für die Bildung bereitgestellt. Nimmt man die Beseitigung des Schulrenovierungsstaus hinzu, würde der mittelfristig erforderliche Finanzbedarf des regulären Haushalts gesprengt. Darum soll geprüft werden, ob durch eine landesbezogene Bildungsanleihe zusätzliche Mittel gewonnen werden können.

Hochschul- und Wissenschaftspolitik muss den Menschen und der Gesellschaft dienen

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

DIE LINKE. Hamburg setzt sich für eine emanzipatorische Wissenschaft ein, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird. Deshalb muss die Wissenschaftsfreiheit verteidigt werden, damit Wissenschaft, Forschung und Lehre unabhängig von Kapitalinteressen frei und demokratisch einen eigenen Beitrag zur Überwindung von Armut, Hunger, Krieg und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen leisten.

DIE LINKE. Hamburg setzt sich für ein gebührenfreies Studium und den nachfrageorientierten Ausbau der Studienplatzkapazitäten an allen sechs Hamburger Hochschulen ein, um das Ziel eines offenen Hochschulzugangs für Menschen mit und ohne Abitur zu erreichen.

Die Politik des CDU-Senats und des Wissenschaftssenators Dräger wird seit Jahren auf dem Rücken von Studierenden, Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, Verwaltungspersonal und ProfessorInnen ausgetragen: Die Lage an den Hochschulen ist im bundesweiten Vergleich durch eine drastische Unterfinanzierung, den massiven Abbau von demokratischen Mitbestimmungsrechten aller Hochschulmitglieder in den Gremien und die soziale Auslese der Studierenden durch die Einführung von Studiengebühren gekennzeichnet.

Anstatt die hochschul- und wissenschaftspolitischen Herausforderungen gemeinsam mit den Hochschulen anzupacken, finanziert der CDU-Senat für 239.000 Euro ein banales Marketinggutachten der Unternehmensberatung Roland Berger mit dem Titel »Talentstadt Hamburg«. Die Hochschulen sollen so im Interesse der Wirtschaft zu Geschäftsfeldern degradiert werden und sich nahtlos in das Senatskonzept der »Wachsenden Stadt« fügen.

Diese Politik trifft auf den entschiedenen Widerstand – vor allem der Studierenden. Seit der Einführung von Studiengebühren haben über 11.000 Studierende in Hamburg am Boykott der Studiengebühren teilgenommen. DIE LINKE unterstützt den Boykott als Aktion zivilen Ungehorsams, der politischen Aufklärung und praktischen Solidarität und lehnt Exmatrikulationen als Mittel autoritärer Repression ab.

Die soziale Ausgrenzung von jungen Menschen im Bildungs- und Hochschulbereich ist nach wie vor dramatisch: nach der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks gelangen einerseits 83 von 100 Akademikerkindern an die Hochschulen, während andererseits nur 23 von 100 Kindern

aus Arbeiterfamilien an den Hochschulen immatrikuliert werden. Diese drastische soziale Selektion und fehlende Chancengleichheit im Bildungswesen verurteilt die LINKE auf das Schärfste und fordert sofortige Korrekturen auf Landes- und Bundesebene.

Die Einführung von Studiengebühren verschärft die soziale Ausgrenzung und Selektion im Bildungswesen. Studierende, die Leistungen nach dem BAföG beziehen, werden von der Gebührenpflicht nicht ausgenommen. Damit entsteht die groteske Situation, dass staatliche Transferleistungen des Bundes, die eigentlich der Studienfinanzierung von bedürftigen Studierenden dienen, von den Ländern zur Hochschulfinanzierung herangezogen werden. BAföG-Studierende werden gezwungen, sich doppelt zu verschulden: einerseits zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts während des Studiums und andererseits zur Hochschulfinanzierung der Universitäten. Die eklatante Benachteiligung von Studierenden aus Arbeiterfamilien, die sich ihren Weg durch das Schulsystem an die Hochschulen erkämpft haben, liegt auf der Hand.

Dramatische Auswirkungen haben Studiengebühren auch für ausländische Studierende, die von seiten des Gesetzgebers weder von der Gebühr befreit wurden noch einen Darlehensanspruch in Höhe der allgemeinen Studiengebühren haben. Zwar können sie einen Antrag auf Stundung der Gebühren stellen, allerdings verschulden sie sich damit zwangsläufig während ihres Studiums, da die diskriminierenden ausländer- und arbeitsrechtlichen Regelungen, wonach ausländische Studierende nur 90 Tage bzw. 180 Halbtage im Jahr erwerbstätig sein dürfen, nach wie vor bestehen.

DIE LINKE verteidigt die sozialen und bildungspolitischen Grund- und Menschenrechte sowie die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an den Hochschulen.

Deshalb setzt sich DIE LINKE ein:

- für eine bedarfsdeckende staatliche Finanzierung, die einen Ausbau der Geistes- und Sozialwissenschaften und den Erhalt auch kleinerer Fächer ermöglicht;
- für die Abschaffung von Studien- und Verwaltungsgebühren in jeder Form und die Einführung einer bedarfsdeckenden elternunabhängigen Ausbildungsfinanzierung;
- für den Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsrechte in der akademischen Selbstverwaltung, der Personalräte und der studentischen Interessenvertretung;
- für die Auflösung des externen Hochschulrats zugunsten eines internen Hochschulkonvents, damit die Mitglieder der Hochschulen demokratisch über die Wissenschaftsentwicklung entscheiden können;

- für eine inhaltliche Studienreform unter Beteiligung aller Universitätsgruppen statt der Einführung von verschulten Bachelor-/Masterstudiengängen nach den Vorgaben von Akkreditierungsfirmen. Dadurch werden bestehende und bewährte Studiengänge an den Hochschulen zerstört. Die pauschale Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master führt zu einem drastischen Abbau von Studienplätzen und ist faktisch eine Bildungskürzung. Zwei Drittel der Studierenden soll nach dem Bachelor aus den Hochschulen verwiesen werden, der Zugang zu den Masterstudiengängen wird erheblich eingeschränkt. Das muss beendet werden. Diese »Reform« wirkt sich auch besonders nachteilig auf Frauen aus: Wer parallel Erziehungs- oder Betreuungsarbeit leistet, in der Regel Frauen, kann einen Masterabschluss kaum schaffen. Die Statistik beweist: Masterabschlüsse werden in anderen Bundesländern jetzt schon überproportional von Männern absolviert;
- für die Stärkung der Friedensforschung, zum Beispiel indem die Kooperation der Hochschulen mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) intensiviert und das Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung ausgebaut wird;
- für den Erhalt der gesellschaftskritischen sozialökonomischen Studiengänge der HWP, der ehemaligen Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik im jetzigen Universitätsdepartment (DWP). Das hochschulpolitische Profil der HWP, vor allem der besondere Hochschulzugang ohne Abitur, das exemplarische Lernen in Projektstudien, die Theorie-Praxis-Reflexion in Lehre und Forschung sowie die Interdisziplinarität von Studiengängen müssen beispielhaft für die allgemeine Universitätsentwicklung werden.

Kultur für Alle

Zur Kultur des Menschen gehört das Lernen, das geistige Begreifen der Welt. In der gemeinsamen Aneignung und Anwendung der Wissenschaften, der Künste und der historischen Erfahrungen, durch Bildung und Kultur wird das gesamte gesellschaftliche Leben menschlicher gestaltet.

Dagegen stehen alle Tendenzen und Maßnahmen des CDU-Senats, Bildung und Kultur zu kommerzialisieren und den Konkurrenzdruck auf die Menschen zu erhöhen. So werden Unmündigkeit und ein voraufklärerisches Menschenbild gefördert – man soll sich an die Natur, an Religion, Nation oder andere Mythen ketten lassen. So sollen sich alle einzelnen zu braven und funktionierenden Anhängseln von ausbeutender Wirtschaft und autoritärem Staat machen lassen.

Kultur für Alle

Der Hamburger Kulturhaushalt 2007/2008 beläuft sich auf 205,5 Millionen Euro, das sind zwei Prozent vom Gesamthaushalt der Stadt. Die Theater (90 Millionen Euro) und Museen (44 Millionen Euro) erhalten den größten Anteil. Für den Bereich Musik werden 11 Millionen Euro, für die bildende Kunst 6,4 Millionen Euro und für Stadtteilkultur 5 Millionen Euro ausgegeben. Die Kinder- und Jugendkultur wird mit circa 1 Million Euro gefördert. Die Mittel sollen angehoben und das Missverhältnis der Ausgaben zu den renommierten Kulturangeboten beseitigt werden.

Die Vertreter der Politik der »wachsenden, menschlichen und kreativen Stadt« setzen bei ihren Investitionsentscheidungen auf die Förderung des Wohlstands und die Interessen der Besserverdienenden und Vermögenden. Sie instrumentalisieren die Kultur.

Die Kulturszene und besonders die Musicals und die Museumslandschaft Hamburgs sollen die Touristen anziehen – mit attraktiven Konzepten, Ausstellungen und Veranstaltungen. Die Elbphilharmonie, die schon jetzt virtuell greifbar ist, und das maritime und militärisch ausgerichtete Tamm-Museum in der Hafencity sollen die Leuchtturmprojekte der Hansestadt werden und die Touristen in die Hafenmetropole locken.

Doch wo bleiben die Menschen, die hier wohnen und sich den Eintritt für Konzert-, Musical-, Theater- und Museumsbesuche nicht leisten können? DIE LINKE. Hamburg setzt auf eine soziale und solidarische Stadt, in der alle Menschen an öffentlich geförderten Kulturveranstaltungen teilnehmen können. Wir sehen die sozialen Nöte vieler Menschen auch als kulturelle Aufgabe.

Wir wollen auf allen Ebenen eine integrative Kulturarbeit fördern, die Kulturschaffenden unterstützen und für die vielen ehrenamtlichen und Ein-Euro-Jobs im Kulturbereich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Diese Verantwortung sollte der Hamburger Senat übernehmen – gerade auch im Sinne der Arbeitssuchenden.

Ein Schwerpunktthema sollte die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen sein. Jugendeinrichtungen sollten nicht geschlossen, sondern weiter ausgebaut werden. In Kitas und Schulen soll der künstlerisch-kreative Unterricht weiter gefördert werden. Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, sich mit kulturellen Prozessen und ihrer Widerspiegelung in Kunst und Alltag fantasievoll auseinanderzusetzen, die eigenen Wünsche und Vorstellungen zu artikulieren, ihnen die Möglichkeit der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Zusammenhängen vermitteln und somit eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Angebote der kulturellen Bildung sind ganzheitlich angelegt, das heißt, sie unterstützen den gesamten Menschen mit seinen ästhetischen, kognitiven, sinnlichen, sozialen und emotionalen Kräften.

Kulturelle Bildung verbindet Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft. Sie fördert Integration als wechselseitigen Prozess – zum einen von Menschen mit Migrationshintergrund in die deutsche Gesellschaft, aber auch im interkulturellen Dialog das Kennenlernen der Kulturen, die die Zugereisten in unsere Gesellschaft mitbringen und um die sie unser Leben bereichern. Die alltägliche kreative Auseinandersetzung mit der kulturellen Vielfalt in dieser Stadt befördert soziale Kompetenzen und vermittelt Werte wie Respekt und Toleranz und nimmt damit eine Schlüsselstellung für das gesellschaftliche Zusammenleben ein.

Mit dem Einzug der LINKEN in die Hamburger Bürgerschaft wird die Fraktion sich für folgende Forderungen einsetzen:

Erwachsene

- Einführung eines Sozial-Tickets sowie der Möglichkeit kostenloser Bibliotheks- und Museumsbesuche.
- Die Ausleihe in den Bücherhallen und die Museen sollen auch für Erwachsene kostenfrei genutzt werden können.
- Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im kulturellen Bereich.
- Menschen mit einer künstlerischen Ausbildung sollen von ihrer kulturellen Arbeit auch leben können. Bedarf besteht beispielsweise in den staatlichen Musikschulen und in den Stadtteilkulturzentren, die weiterentwickelt werden und sich an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren sollten.

- Kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen und kostenloser Besuch der Schwimmbäder. Alle Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, sich durch Sport als Teil der menschlichen Kultur zu entfalten.

Kinder und Jugendliche

Die Entwicklung der Persönlichkeit hängt heute mehr denn je von der Möglichkeit ab, sich zu bilden und die humanistische Substanz der Künste und den kritischen Gehalt der Medien produktiv und solidarisch für alle Menschen zu realisieren. Das Recht auf eigene Kultur, auf Bildung, Informationsfreiheit, Spiel und Freizeit ist im Range eines Menschenrechts zu sehen (so beispielsweise in der UN-Kinderrechtskonvention seit 1989 festgeschrieben). DIE LINKE. Hamburg reklamiert dieses Recht für Alle, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, sozialer Lage und besonderer körperlicher und geistiger Verfasstheit. Sie wendet sich gegen jede Form kultureller Ausgrenzung und struktureller Demütigung.

- Kinder und Jugendliche aus armen Familien erhalten kostenlosen Zugang zu Sportvereinen und Schwimmbädern.

Die Teilnahme am Breitensport fördert die Gesundheit und die soziale Kompetenz der Kinder und Jugendlichen, übt die Kultur des solidarischen Miteinanders und macht daher Spaß. Hier nehmen wir den Aktionsplan Ernährung und Bewegung der Bundesregierung ernst. Das Robert-Koch-Institut schreibt in einer Studie, dass 15 Prozent der drei bis 17 Jahre alten Kinder in Deutschland übergewichtig sind, 6,3 Prozent fettleibig. Demnach sind 1,9 Millionen zu dick.

- Einrichtung eines Kulturfonds.

Kultur von und für Kinder und Jugendliche wird besonders in Stadtteilen mit ärmerer Bevölkerung gefördert. Kinder und Jugendliche sollen Kulturveranstaltungen der Stadt kostenfrei benutzen können. Deshalb fordert DIE LINKE. Hamburg die Einführung eines Kulturfonds zur besonderen Förderung von ärmeren Kindern und Jugendlichen. Mittelfristig sollen sie alle Kultureinrichtungen kostenfrei besuchen können.

- Einrichtung eines Projektfonds

Wir fordern eine Ausarbeitung und Umsetzung eines ressortübergreifenden Konzeptes kultureller Kinder- und Jugendbildung in Hamburg. Es müssen nachhaltige Strukturen für die Zusammenarbeit von Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturinstitutionen geschaffen werden. Die Linksfraktion der Bürgerschaft wird sich dafür einsetzen, dass

- die Offensive für kulturelle Bildung auch den Erhalt und Ausbau kultureller Angebote auf Bezirksebene einschließt;

- eine Anlaufstelle, zum Beispiel in Gestalt eines/einer Landesbeauftragten für kulturelle Bildung, eingerichtet wird;
- ein Projektfonds in Höhe von 1,44 Millionen Euro eingerichtet wird, dem auch Drittmittel unter anderem von privater Seite zufließen (der Summe liegt folgende Berechnung zugrunde: ausgehend von knapp 60.000 Kita-Kindern und 60.000 Grundschulkindern in Hamburg und einem Einsatz von einem Euro pro Kind und Monat wären 1,44 Millionen Euro pro Jahr erforderlich);
- über die Vergabe der Mittel ein ressortübergreifend tätiges und auch durch Externe besetztes Gremium nach Festlegung von Förderkriterien entscheidet;
- vorrangig sogenannte Tandemprojekte und selbstinitiierte Projekte von Kindern und Jugendlichen antragsberechtigt sind;
- aus dem zusätzlichen Projektfonds neben der Projektförderung auch Selbst-Evaluation, Qualifikation und Netzwerkarbeit zu finanzieren sind.

Friedensstadt Hamburg

DIE LINKE versteht sich als Friedenspartei, die sich gegen Militarisierung, Interventionismus und Rüstungspolitik engagiert. Als Teil der lokalen, nationalen und internationalen Friedensbewegung richtet sie sich gegen den sogenannten Krieg gegen den Terror, der nur neue Zerstörung, Gewalt, Verzweiflung und Terror schafft. Sie wendet sich daher gegen alle Auslandseinsätze, tritt ein für alternative zivile Konfliktlösungsstrategien, die die Ursachen von Konflikten bearbeiten, für radikale Abrüstung und verstärkte internationale Kooperation im Rahmen der UN-Charta.

Die Stadt Hamburg hat laut ihrer Verfassung den Anspruch, »im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt« zu sein. Die wirtschaftliche und politische Realität widerspricht jedoch dieser Zielsetzung. Die folgenden Tatsachen belegen dies:

- Hamburg gehört zu den größten Rüstungsexporteurern Europas, ist Standort zahlreicher international operierender Rüstungskonzerne (z. B. Blohm + Voss, EADS) und zahlreicher mittlerer und kleinerer Rüstungsfirmen;
- Hamburg hat zahlreiche Einrichtungen, die an nationaler Rüstungs- und Kriegsplanung sowie an Kriegsausbildung führend beteiligt sind oder diese absichern und fördern (z. B. die Führungsakademie der Bundeswehr, die Hermes-Kreditanstalt);
- es gibt in der politischen Führungsschicht des Senats eine ungebrochene Sympathie bis Begeisterung für vergangene und zukünftige Kriege. Friedenspolitik spielt in diesen Kreisen allenfalls eine verbale, aber keine praktische Rolle. Im Gegenteil: Die bisher bekanntgewordenen Pläne für das Tamm-Museum in der Hafencity lassen Schlimmes befürchten: Verharmlosung, Relativierung und Salonfähigmachen von Militarismus, Nazismus, Kolonialismus und Krieg.
- Zahlreiche Firmen in Hamburg beteiligen sich direkt oder indirekt an der ökonomischen Ausbeutung der so genannten Dritten Welt und schaffen damit die Voraussetzungen bzw. festigen die Bedingungen für Hunger und Not sowie für bewaffnete Auseinandersetzungen einschließlich neokolonialer militärischer Interventionen. Damit ist Hamburg eingebunden in den internationalen Rüstungswettlauf und die kriegschaffende Politik der gegenwärtigen Bundesregierung und der Planungsabteilungen von Bundeswehr und Nato.

Demgegenüber gibt es in unserer Stadt seit langem eine Friedensbewegung, viele Einzelpersonen und etliche Einrichtungen und Initiativen, die sich ei-

ner Friedenspolitik im engeren und weiteren Sinne verpflichtet fühlen und dafür praktisch arbeiten, die also den Friedensauftrag der Hamburgischen Verfassung ernst nehmen.

DIE LINKE stellt an eine Friedensstadt Hamburg folgende Forderungen, für die die Hamburger Friedensbewegung seit Jahren streitet:

- Die Stadt und das Land Hamburg sollte für Abrüstungs- und Rüstungskonversion eintreten und mit gutem Beispiel vorangehen, sich gegen Rüstungsexporte engagieren, indem sie zum Beispiel hierfür den Hamburger Hafen und Flughafen nicht mehr zur Verfügung stellt;
- die Erstellung eines jährlichen Rüstungsregisters, welches der Bürgerschaft vorgelegt und in ihr debattiert wird, um den Ex- und Import von Kriegswaffen und Rüstungsgütern über Hamburgs Hafen und Flughafen zu dokumentieren und öffentlich zu machen;
- die Entmilitarisierung Hamburgs in den Bereichen Eventkultur (Hafengeburtstag, Messen) und Kultur (Museen, öffentliche Erinnerungskultur, Ausstellungen, Theater, Musik). Hierher gehören auch die Umwidmung von Straßennamen von Militaristen und Kolonialisten sowie die künstlerische Kommentierung bestehender Kolonial-, Militär- und Kriegsdenkmäler;
- die Verhinderung des Tamm-Museums oder zumindest die Einflussnahme von Wissenschaftlerinnen und Kulturschaffenden im Sinne einer kritischen, der Ablehnung des Krieges, des Militarismus, des alten und neuen Nazismus verpflichteten inhaltlichen Ausrichtung des geplanten Museums. Im Falle der Weigerung des für das Museum rechtlich alleine Verantwortlichen Peter Tamm, sein Museum unter solchen inhaltlichen Vorgaben zu betreiben, sollte der Pachtvertrag zwischen seiner Stiftung und der Stadt Hamburg gekündigt werden;
- die Weiterentwicklung stadtteilbezogener Friedens-, Mediations- und Friedenskulturarbeit im Sinne einer Kultur des Friedens;
- die Einrichtung eines Büros zur Koordinierung, Vernetzung und Unterstützung der Friedensarbeit in dieser Stadt;
- die Erstellung eines Lehrplans zur umfassenden Friedenserziehung in den Hamburger Schulen, der Ausbildung der zukünftigen LehrerInnen, der Aus- und Weiterbildung etc. und Einbindung in die entsprechenden Bildungspläne aller Schularten und Altersstufen;
- die Auslobung von Stipendien zur Forschung an Themen kommunalpolitischer Friedensarbeit. Zur Förderung solcher Forschungsthemen gehört auch die Ausschreibung und Finanzierung von Forschungen über die Struktur und den Umfang der Hamburger Rüstungs- und Militarismusszene (Rüstungsexporte, Rüstungsproduktion, Rüstungsforschung, ideologische und praktische Verbreitung von Militarismus, Neokolonialismus und Rassismus);

- die Vergabe eines Hamburger Friedenspreises an Personen, Initiativen, Einrichtungen oder Organisationen durch eine unabhängige Jury;
- der Beitritt von Hamburgs erstem Bürgermeister zur Initiative »Bürgermeister für den Frieden« (»Majors for Peace«);
- die Unterstützung der kritischen Kultur dieser Stadt: Förderung der Geschichtswerkstätten, einer kritischen Erinnerungskultur, antimilitaristischer Hafentrundfahrten, von alternativen Stadtrundgängen, künstlerischer Initiativen und Aktionen;
- die Unterbindung von Kriegs- und Militärpropaganda an Hamburgs Schulen und im öffentlichen Raum (z.B. durch Propagandaauftritte der Bundeswehr in Schulen durch Jugendoffiziere, Messen, Ausstellungen, bei Hafengeburtstagen etc.).

In diesem Sinne könnte Hamburg zu einer wirklichen Friedensstadt werden und sich den inzwischen zahlreichen Beispielen anderer Städte zugesellen (Hiroshima, Osnabrück, Münster, Luzern, Graz, Linz, Augsburg).

Frauen in Hamburg

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Die Erfahrungen der Frauenbewegungen und der Arbeiterinnenbewegung haben uns gelehrt: Wir können die gesellschaftliche Unterdrückung der Frau nicht individuell lösen. Die Widersprüche, in denen sich Frauen zwischen Beruf, Familie und Freizeit bewegen, können nicht nur durch eine politisch-ökonomische Überwindung des Kapitalismus aufgehoben werden.

Wir streben eine demokratische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung an, die die traditionelle Rollenaufteilung grundlegend ändert und die patriarchalische Kultur beseitigt.

Das Modell des männlichen Familienernährers ist reaktionär und überholt. Es gehört abgeschafft. Die Steuergesetzgebung gehört entsprechend umfassend reformiert.

Wir treten ein für Integration, Emanzipation und Gleichberechtigung. Wir stehen gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ausbeutung und Unterdrückung jeglicher Art. Unser Ziel ist ein demokratischer Sozialismus.

Wir treten bundesweit ein für:

- gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und Qualifikation,
- eine geschlechtsunabhängige Berufswahl,
- eine Politik der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf anfangs 35, dann 30 Stunden anstelle von weiterem Ausbau der Teilzeit,
- die Abschaffung des Ehegattensplittings,
- ein eigenes, vom Mann unabhängiges Aufenthaltsrecht,
- keine Anrechnung des Kindergeldes auf die staatlich gewährten Grundsicherungsleistungen,
- die Abschaffung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch und
- die gleichberechtigte Anerkennung von homosexuellen Lebensgemeinschaften.

Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen

- Nein zu Gewalt und Unterdrückung in der Ehe und anderen Lebensgemeinschaften,
- konsequentes Vorgehen gegen Zwangsehen,
- Schutz der Prostituierten vor Zuhältern und Freiern,
- verschärfte Strafverfolgung von Menschenhandel und Zwangsprostitution unter Verschonung der betroffenen Frauen,
- mehr Geld für autonome Frauenprojekte und Pauschalfinanzierung für Frauenhäuser,

- Gelder für Forschung und Prävention zur Verhinderung sexueller Gewalttaten,
- Finanzierung von Therapiegruppen für gewalttätige Männer.

Für ein frauenfreundliches und emanzipiertes Hamburg benötigen wir

- quотиerte Besetzungen aller Gremien der Stadt,
 - hauptamtliche Gleichstellungs- und FrauenvertreterInnen in den Bezirken,
 - eine von Senat und Bürgerschaft unabhängige Gleichstellungsstelle,
 - mehr Rechte und Einfluss für Frauenbeauftragte im Öffentlichen Dienst,
 - eine Novellierung des Hamburgischen Gleichstellungsgesetzes,
 - die Erhöhung des Frauenanteils bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft auf 50 Prozent und die generelle Einhaltung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit,
 - frühzeitige Förderung einer geschlechtsunabhängigen Berufswahl in Kitas und Schulen,
 - eine Novellierung des Vergabegesetzes zur Absicherung der Frauenförderung,
 - eine bessere finanzielle Unterstützung von Lesbenprojekten,
 - ein Schweigerecht für SozialpädagogInnen und LehrerInnen, ÄrztInnen und Pflegepersonal gegenüber den Landesbehörden in bezug auf die Meldepflicht nach dem Asylbewerbergesetz und bei illegalisierten Menschen,
 - einen jährlichen geschlechtsbezogenen Armutsbericht für Hamburg.
- Frauengesundheit in Hamburg verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Deswegen setzen wir uns ein für:
- wohnortnahe Gesundheitszentren,
 - kostenlose Vergabe von Verhütungsmitteln,
 - Kostenübernahme von Vorsorgeuntersuchungen über den Krankenkassenkatalog hinaus,
 - kommunale Förderung und Unterstützung für Gemeinschaftspraxen in benachteiligten Stadtteilen,
 - Einsatz von interdisziplinären Pflege- und VersorgungsmanagerInnen als neuen Beruf – Hamburg macht den Anfang.

Hamburg für Alle – ökologisch, sozial und solidarisch!

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Die entfesselte Herrschaft transnationaler Konzerne zerstört mit zunehmender Geschwindigkeit nicht nur die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Linke Politik muss deshalb stets auch die Umweltinteressen der Menschen gegen die herrschende Politik verteidigen. Das ermöglicht zugleich immer mehr Menschen, ihre Lebensweise umzustellen.

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine elementare Notwendigkeit für die ganze Menschheit. Unter ihrer Zerstörung, unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und verseuchten Böden leiden aber stets die Menschen am stärksten, denen die finanziellen Mittel dafür fehlen, sich dem zu entziehen beziehungsweise sich dagegen zu schützen.

Die ökologischen Fragen sind zugleich dringende soziale Fragen. Von den Abgasen der Müllverbrennungsanlagen sind überwiegend die Stadtteile der »kleinen Leute« belastet, und kein Hamburger Millionär lebt an einer lauten, verpesteten Ausfallstraße. Lebensmittel aus ökologischem Anbau, die nicht mit Schwermetallen, Pestizid- und Düngemittelrückständen belastet sind, können sich Menschen ohne Arbeit oder in prekären Arbeitsverhältnissen nicht leisten.

Drohende Klimakatastrophe – katastrophale Energiepolitik

Der globale Klimawandel bedroht schon jetzt Milliarden Menschen mit immer häufiger auftretenden extremen Unwetterkatastrophen (Hurrikane, Überschwemmungen usw.). Das Steigen des Meeresspiegels bedroht Hunderte von Millionen Menschen in niedriggelegenen Küstenregionen der Erde. Durch langanhaltende Hitzeperioden wird die Wüstenbildung vorangetrieben, Böden verkarsten und gehen als landwirtschaftliche Flächen verloren. Experten warnen vor den dramatischen Konsequenzen einer Klimakatastrophe. Hunger und Krankheiten sind die Folge. Auch hier sind am stärksten die Armen betroffen.

Hauptursache ist die Verbrennung gewaltiger Mengen fossiler Brennstoffe (Kohle, Öl, Erdgas), die zur Emission viel zu großer Mengen CO₂ führt. Diese Wirtschaftsweise nützt den Energie-, Chemie-, Auto- und Flugzeugkonzernen – es verletzt die Lebensinteressen der großen Mehrheit.

Die CO₂-Emissionen Hamburgs sind auf viel zu hohem Niveau. Trotzdem wird der Energieverbrauch nicht reduziert, werden energieeffizientere Techniken nicht ausreichend genutzt, die Möglichkeiten regenerativer Energieerzeugung (Wind, Sonne, Wasser, Biomasse u. a.) nicht ausreichend gefördert – weil die Profitinteressen großer Konzerne (Vattenfall, Eon etc.) dem entgegenstehen. Regenerative Energieversorgung kann weitgehend dezentral sein. Das ist eine gute Voraussetzung für Versorgungssicherheit, für die Beteiligung kleiner und mittelgroßer Unternehmen und für eine Demokratisierung der Energieversorgung. Das Kartell der Großversorger wehrt sich dagegen, weil es seine Profite gefährdet sieht.

Mit dem Verschern der HEW an Vattenfall hat der Senat sein zentrales energiepolitisches Instrument aus der Hand gegeben. Von Beusts CDU-Senat will Vattenfall den Bau eines 1.600-Megawatt-Steinkohlekraftwerkes in Moorburg genehmigen, das jährlich acht Millionen Tonnen CO₂ sowie große Mengen anderer Schadstoffe emittieren würde. Für die Kühlung wäre im Sommer die Hälfte der Süderelbe nötig; die Erwärmung des Flusswassers würde zu noch stärkerem Fischsterben und anderen negativen Folgen für Tiere und Pflanzen im Fluss führen. Hamburg würde zu einem der schlimmsten Klimasünder in Deutschland. Das Kraftwerk ist in jeder Größe überflüssig, weil es schon jetzt Überkapazitäten gibt.

Unsere Forderungen:

- Kein Kohlekraftwerk (KoKW) in Moorburg – und auch nicht anderswo! Für das von Vattenfall geplante KoKW darf der Senat keine wasserrechtliche Genehmigung erteilen. Zur Nutzung fossiler Energieträger dürfen nur gasbetriebene Kraftwerke genehmigt werden. Bestehende Kraftwerke werden zur Nutzung der Abwärme verpflichtet;
- nutznahen Blockheizkraftwerken ist der Vorrang zu geben vor dem Bau von Großkraftwerken, denn kleine Einheiten können flexibler auf wechselnde Bedarfe reagieren;
- die Energieeinsparungsverordnung wird deutlich verschärft und ihre Durchsetzung im Bestand durch geeignete Kontrollen sichergestellt;
- das Förderprogramm für die nachträgliche Wärmedämmung des Altbaubestandes wird auf 25 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Damit werden CO₂-Emissionen reduziert sowie zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen und gesichert;
- bei Neubauten ist die Integration von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Dach- und Fassadenflächen zwingend vorzuschreiben. Sie werden nur noch als Passivhäuser genehmigt;
- Bauvorhaben sind so zu gestalten, dass sie den geringstmöglichen Eingriff in den Naturhaushalt bedeuten. Ökologie muss eindeutig vor

Konzerninteressen rangieren. Bauvorhaben in den Stadtteilen sind daran zu messen, ob sie sozial und ökologisch vertretbar sind und weder mehr Umweltbelastungen noch höhere Mieten mit sich bringen;

- für Behörden und andere im öffentlichen Besitz befindliche Unternehmen werden Energiesparpläne entwickelt, die binnen fünf Jahren verbindlich zu einer Senkung des Energieverbrauchs um 30 Prozent führen. Es wird nur noch Ökostrom von einem zertifizierten Ökostromanbieter bezogen. Es werden für alle Behörden Leitlinien eingeführt, die den Belangen des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzes verbindlich Rechnung tragen;
- das Hamburger Naturschutzgesetz ist zu novellieren, damit es seinem Namen besser gerecht wird;
- Hamburg setzt sich für ein effektives Lastenmanagement ein, das heißt, Produktion und Verbrauch von Strom sind zeitlich in Übereinstimmung zu bringen;
- Hamburg wird das Zentrum für Forschung und Entwicklung, Produktion und Dienstleistungen im Bereich regenerativer Energien. Die Zusammenarbeit der vorhandenen wissenschaftlichen Potenziale an den Hamburger Hochschulen wird gezielt gefördert. Die Ansiedlung von entsprechenden Unternehmen wird gefördert und nicht – wie in der Vergangenheit (Re-Power) – behindert;
- Hamburg setzt sich für die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftskreisläufe ein, um Transporte über weite Strecken zu verringern und Arbeitsplätze in der Region zu schaffen;
- Energieversorger wie die ehemaligen HEW (jetzt Vattenfall) und HGW (jetzt Eon Hanse) gehören in die öffentliche Hand zurück. Als erster Schritt sind die Netze wieder zu kommunalisieren.

Atomkraft

Die Hamburger Bevölkerung ist von den umliegenden AKWs akut bedroht. Vattenfall und Eon betreiben die AKWs in Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf weiter und verlangen sogar eine Laufzeitverlängerung für Brunsbüttel. Sie gefährden damit zur Steigerung ihrer Profite Gesundheit und Leben von Millionen Menschen.

Deshalb fordert DIE LINKE die sofortige Stilllegung der AKWs in Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf sowie aller anderen Atomanlagen!

Elbvertiefung und Airbus-Ausbau

Immer neue Elbvertiefungen zerstören die Reste einer einst einzigartigen Flusslandschaft und erhöhen zugleich die Gefahr gefährlicher Sturmfluten. Sie nutzen großen Reedereien und den Unternehmen, welche die Elbvertie-

fung durchführen, aber sie schaden den Lebensinteressen der Mehrheit der Gesellschaft an einer intakten Umwelt und an sicherem Hochwasserschutz. Das weitgehende Zuschütten des Mühlenberger Lochs und die erneute Verlängerung der Airbus-Startbahn dienen den Profitinteressen des größten europäischen Rüstungs- und Luftfahrtkonzerns. Damit wird ein Biotop von europäischem Schutzstatus zerstört und ein jahrhundertealtes Obstanbaugebiet samt der darin gelegenen Betriebe existentiell gefährdet. Für die bisher aufgewendete circa eine Milliarde Euro allein für die Herrichtung des Airbus-Geländes hätte in Hamburg eine weitaus größere Zahl von Arbeitsplätzen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich sowie in der Umweltforschung und -technik geschaffen werden können.

Unsere Forderung: Keine weiteren Elbvertiefungen. Die behaupteten, aber keinesfalls nachgewiesenen wirtschaftlichen Vorteile stehen in keinem Verhältnis zu den ökologischen Folgen und der wachsenden Gefahr höherer Sturmfluten. Der Hamburger Hafen wächst seit Jahren überproportional, und die Grenzen dieses Wachstums sind nicht durch die Tiefe der Elbe bestimmt. Durch einen Verzicht auf eine weitere Elbvertiefung ist kein einziger Arbeitsplatz in Hamburg gefährdet.

Eine Politik und ein Wirtschaftssystem, welche die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel und der Menschen anderer Völker – und letztlich der gesamten Menschheit – zerstört, ist zutiefst unsozial und unsolidarisch.

DIE LINKE fordert, nicht Profitinteressen der Konzerne, sondern die Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen zum Maßstab zu machen. Dafür setzt sie sich gemeinsam mit den Umweltverbänden ein.

Verkehrspolitik

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Hamburg hat in seiner Verkehrspolitik das Leitbild der autogerechten Stadt forciert. Unter dem CDU-Senat setzte noch einmal eine Verschärfung dieser Politik ein, sie hat zu einem immensen Zuwachs des Autoverkehrs geführt.

Andere Verkehrsträger wurden nur halbherzig weiterentwickelt oder (wie bei der Straßenbahn) bewusst zugunsten des Autos abgeschafft und verdrängt. Umsteigepunkte zwischen den Systemen S- und U-Bahn sind oft noch immer wenig fahrgastfreundlich, geschweige denn behindertengerecht.

Viele Quartiere und hochfrequentierte Orte sind nicht oder nur mangelhaft an das U-/S- Bahnsystem angebunden (Osdorfer Born, Steilshoop, City Nord, Flughafen, die Arenen im Volkspark). Eine zweite schienengebundene Elbquerung fehlt vollständig. Aber auch bei der Anbindung von Prestigeobjekten, wie dem Airbuswerk, wurde vor allem auf das Auto gesetzt.

Die Folge ist ein enormer Zuwachs auch bei den Schadstoffen, die durch Lkw, Busse und Pkw emittiert werden. Neben dem klimafeindlichen Treibhausgas CO₂ und anderen Aerosolen sind hier vor allem Belastungen durch Feinstaub und Ruß zu benennen. Der Flächenverbrauch durch den Autoverkehr stößt innerhalb Hamburgs an seine »natürlichen« Grenzen. Die Folgen sind zugeparkte Geh- und Radwege, Dauerstau auf den Straßen und eine Verringerung der Durchschnittsgeschwindigkeit des Straßenverkehrs. Eine umwelt- und sozialverträglichere Mobilität erfordert eine drastische Reduzierung des Auto- und Flugverkehrs, nicht zuletzt auch durch steuerliche Maßnahmen.

Anstatt zukunftsfähige Verkehrskonzepte zu entwickeln, wird hilflos und kontraproduktiv an den Symptomen herumgedoktert. Eine Erhöhung der zulässigen und Tolerierung der tatsächlich gefahrenen Spitzengeschwindigkeit führt zu einem Rückgang der Fließgeschwindigkeit des Verkehrs insgesamt. Die Folge ist eine Zunahme von Unfällen und schweren Verletzungen. Die Fortsetzung veralteter Verkehrskonzepte, die auf immer mehr Autobahnen und Umgehungsstraßen setzt, ist zu stoppen. Noch immer gilt: »Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.«

Die Diskriminierung von Fußgängern und Radfahrern durch manipulierte Ampelschaltungen (Bettelampel), durch eine Wegführung, die eine häufige Straßenquerung erfordert, und durch marode Rad- und Fußwege führt zu Aggressivität der VerkehrsteilnehmerInnen. In Hamburg sind flächendeckend Radspuren auf den Fahrbahnen auszuweisen und bestehende Radwege zu sanieren. 30 bis 40 Prozent der Autofahrten in Hamburg sind nicht länger als vier Kilometer, eine ideale Distanz für RadfahrerInnen.

Die engen Wohnquartiere (Ottensen, Teile von St. Georg und St. Pauli, Karoiviertel etc.) sind als Anwohnerzonen auszuweisen, um die dort lebende Bevölkerung vor Durchgangs- und Parkplatzsuchverkehr zu schützen. Alle Wohnquartiere sind als Tempo-30-Zonen oder als Spielstraßen und Fußgängerzonen auszuweisen. Auf allen anderen Straßen ist das Tempo auf maximal 50 km/h zu begrenzen.

Die Qualität und Quantität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist deutlich zu erhöhen, die Preise, insbesondere für Zeitkarten, sind zu senken. Es ist ein Sozialticket für 18 Euro im Monat einzuführen.

Die Möglichkeit zur Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen ist auszudehnen. Es sind Ride & Bike-Stationen einzuführen, in denen eine sichere Aufbewahrung der Fahrräder garantiert wird.

Die regionalen Maßnahmen im Einzelnen:

- Es ist sofort mit dem Planfeststellungsverfahren der Stadtbahn zu beginnen. Seit rund sechs Jahren liegen die Ordner mit einer Trassenführung von über 42 Kilometern in der Behörde.
 - Linie 1: Hauptbahnhof–St. Georg–Uhlenhorst–City Nord–Steilshop,
 - Linie 2: Hauptbahnhof–Rathaus–Universität–Hoheluft–Lokstedt–Nienendorf,
 - Linie 3: Osdorfer Born–Lurup–Stellingen–Lokstedt–Innenstadt,
 - Linie 4: Altona–Eimsbüttel–UKE–Eppendorf–City-Nord–Bramfeld–Rahlsstedt;
- doppelter Ringschluss des U-/S-Bahnsystems durch die Tangenten Altona–Harburg und Volksdorf–Pinneberg;
- Aufpflasterung von gefährlichen Fußgängerüberwegen;
- die Mitnutzung der Fahrbahnen durch RadfahrerInnen ist durch Aufhebung der Radwegenutzungspflicht ausdrücklich zu legalisieren;
- Kein U-Bahn-Bau in die Hafencity;
- wir sind gegen den Bau der Hafenuferspange;
- Anbindung der Hafencity durch die Solarbahn»Else« und eine Rolltreppe an den bestehenden ÖPNV;
- Busse sollen über eine Ampelansteuerung eine »grüne« Welle bekommen. Ampelanlagen müssen radfahrer- und fußgängerfreundlich geschaltet werden. Dort, wo es Sinn macht, sollen neue Ampeln für den Schutz von Rad- und Fußgängern eingeführt werden;
- S- und U-Bahnknotenpunkte müssen behindertengerecht saniert werden;
- Ausweitung des 24-Stundenbetriebs von S- und U-Bahnen;
- keine Privatisierung von HHLA, Hochbahn oder AKN; die Organisation des Güter- und Personennahverkehrs bleibt in öffentlicher Hand;
- Umrüstung der Busse auf Gas-/Hybridbetrieb;

- kein weiterer Flughafen ausbau in Fuhlsbüttel;
- die Anwohnerparkzonen werden kostenpflichtig. Dabei sollen die NutzerInnen für einen geringen Aufpreis zur Parkgebühr auch eine HVV-Monatskarte erwerben können;
- der HVV-Preis wird weiter gesenkt; langfristig soll jeder Hamburger zu einem äußerst geringen Monatspreis eine HVV-Karte bekommen;
- der Verkehrshaushalt ist zugunsten des Fuß- und Radverkehrs (mindestens 10 Prozent) sowie des ÖPNV umzuschichten.

Hamburg muss seinen Einfluss auch in der überregionalen Verkehrsplanung geltend machen:

- Keinen Börsengang der Bahn;
- keine Y-Trasse als ICE-Prestigeprojekt, statt dessen Bypass-Lösungen, die auch für Güterzüge nutzbar sind. Es müssen solche Projekte gefördert werden, die Staus und Behinderungen im Schienenverkehr abbauen;
- sofortige Sanierung der Bahnstrecke Hamburg–Stade–Cuxhaven;
- Neubau einer Güterumgebungsbahn um Hamburg herum. Beim Aus- und Umbau müssen Umwelt- und Lärmschutz eingehalten werden;
- die Hamburger Vorstädte (Norderstedt, Wedel, Pinneberg, Elmshorn, Uetersen) müssen durch eine Ausweitung des Schienennetzes, schnellere Anbindungen und höhere Taktfrequenz besser an den HVV angebunden werden;
- Besteuerung von Flugzeugtreibstoffen.

Menschenwürdiges Wohnen

Die Wohnungsnot in der »Wachsenden Stadt« droht explosionsartig zuzunehmen. Dies bekommen vor allem die Bevölkerungsgruppen zu spüren, die auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind. Dafür sind mehrere Faktoren verantwortlich: Bereits jetzt fehlende Wohnungen; zu geringer Wohnungsneubau, insbesondere von Mietwohnungen, vor allem im unteren Mietpreissegment; prognostizierte erhebliche Mietsteigerungen in den nächsten Jahren; sinkender Anteil preisgünstiger Wohnungen am gesamten Mietwohnungsbestand bei tendenziell zunehmender Armut; Rückgang bei den Sozialwohnungen (Wegfall der Sozialbindung); Kürzung der Fördermittel im Mietwohnungsbau; Konzentration dieser Fördermittel auf mittlere Einkommensklassen (Eigentumsbildung); Verdrängung.

Angesichts dieser Entwicklungen fordern wir:

- die Sicherung und Ausweitung des Bestandes an Sozialwohnungen;
- keine Privatisierung, sondern Erhalt des städtischen Wohnungsbestandes;
- die Entwicklung des Steuerungspotentials der Stadt über SAGA/GWG durch Pflege des Angebots im unteren und mittleren Preissegment zu angemessenen Mieten und Standards;
- SAGA/GWG müssen Gewinne in den Gesellschaftszweck reinvestieren;
- bedarfsgerechter Umbau und die Modernisierung sowie Instandsetzung und Instandhaltung von SAGA/GWG-Bestandswohnungen – das darf jedoch nicht zur Verdrängung von Mietern durch steigende Mieten führen;
- die Verpflichtung der Wohnungsbaugesellschaften im sozialen Wohnungsbau, Fördermittel vollständig in Anspruch zu nehmen. Die damit verbundenen Belegungsrechte müssen über die entsprechenden Institutionen realisiert werden können und auch realisiert werden;
- Erhöhung der Fördermittel für den Neubau bedarfsgerechten Wohnraums;
- den Vorrang für öffentliche Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von Fördermitteln;
- die Konzentration der Fördermittel zugunsten von Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien mit Kindern;
- die Überprüfung der städtischen Steuerungsinstrumente, inwieweit die Stellung der auf dem Wohnungsmarkt Benachteiligten gestärkt wird;
- die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Verbesserung der vorgefundenen Situation;
- Subventionierung von Bauland zur Vergabe von kostengünstigen Liegenschaftsgrundstücken an soziale und genossenschaftliche Wohnprojekte;

- dass alle Haushalte mit entsprechendem Bedarf Zugang zu Wohnungen aus dem mit einem Belegungsrecht gesicherten Kontingent haben;
- dass die Stadt für wohnungslose Menschen die Stadt dezentrale und kleine Wohnungen bei einem menschenwürdigem Wohnumfeld und Möglichkeiten zur Wahrung der Privatsphäre zur Verfügung stellt;
- dass Flüchtlinge freien Zugang zum Wohnungsmarkt erhalten;
- die Aufhebung des Wohnwagengesetzes.

Gegen Vertreibung und Segregation brauchen wir eine sozial gerechte Politik: In Stadtteilen, die einem hohen Aufwertungsdruck unterliegen, sind durch soziale Erhaltensverordnungen Modernisierungen auf den gebietstypischen zeitgemäßen Standard zu beschränken.

Umwandlungsverordnungen für von Umwandlungstendenzen besonders betroffene Stadtteile müssen greifen, um spekulative Verwertungsmodelle einzudämmen. Mieterhöhungen wegen Wertverbesserungen sind von elf auf jährlich sechs Prozent zu reduzieren.

Im Rahmen von Stadtentwicklungsmaßnahmen muss durch gezielten Einsatz von Fördermitteln an SAGA/GWG, an Genossenschaften, aber auch an private Wohnungsunternehmen ein Kontingent an Wohnungen im niedrigen Preissegment bereitgestellt und damit für soziale Durchmischung gesorgt werden. Dagegen sind solche flächenfressenden und verkehrsanziehenden Großprojekte wie Höffner in Eidelstedt zu stoppen.

Auch Hamburg muss das Wohnraumförderungsgesetz umsetzen. Damit die Stadt die Probleme der Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt frühzeitig erkennt und systematisch angeht, fordern wir,

- ein Wohnraumversorgungskonzept auszuarbeiten, das bis 2013 reicht und alle fünf Jahre überprüft und fortgeschrieben wird. Das haben andere Großstädte in Deutschland und auch viele Städte in der Metropolregion Hamburg bereits umgesetzt. Ziel muss dabei eine Analyse der Wohnraumversorgung und die Entwicklung einer konzeptionellen Wohnungspolitik sein, mit der Wege zur Lösung räumlicher und sozialer Probleme vorgezeichnet werden. Schwerpunkte müssen hier vor allem bei stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Maßnahmen gegen die Unterversorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen und gegen eine zunehmende sozialräumliche Segregation gesetzt werden;
- zweijährlich einen Bericht über die Wohnungssituation in Hamburg vorzulegen, wie das etwa München tut. Der Wohnungsbaubericht soll als Gradmesser für die Umsetzung des Wohnraumversorgungskonzepts dienen und Vorschläge zur Beseitigung vorgefundener Probleme enthalten;
- halbjährlich einen Bericht über armutsbedingte Zwangsräumungen vorzulegen und Vorschläge zu deren Vermeidung zu machen.

Migrations- und Flüchtlingspolitik

Für gleichberechtigte Teilhabe – gegen Ausgrenzung

In Hamburg hat fast jede/r vierte EinwohnerIn einen Migrationshintergrund. Die MigrantInnen sprechen insgesamt 185 verschiedene Sprachen. Von den circa 120.000 Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Schulen sprechen neben Deutsch die meisten von ihnen Türkisch, gefolgt von Polnisch, Serbisch und Farsi.

Hamburg ist multinational und mit allen Teilen der Welt verbunden. Alle Menschen in dieser fast Zwei-Millionen-Metropole müssen gleichberechtigt, demokratisch und auf der Grundlage humanitärer Prinzipien zusammenleben.

Daher kann Integration nicht Unterordnung unter eine so genannte Leitkultur bedeuten, sondern muss Wertschätzung auf der Grundlage gleichberechtigter Teilhabe sein, das bedeutet einen gegenseitigen Prozess des Respektierens und Anerkennens.

Das bezieht sich auf alle Lebensbereiche der MigrantInnen wie auch der NichtmigrantInnen, denn Ausgrenzung geschieht hauptsächlich aufgrund sozialer Unterschiede (Reichtum/Armut, Bildung/Bildungsarmut, Beschäftigung/Arbeitslosigkeit, Behinderung, Alter).

Die Sprache ist ein wichtiger Aspekt für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aber Integration ist mehr als der Erwerb von Sprachkenntnissen, Integration ist vor allem umfassende Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und betrieblichen Leben.

Das in diesem Jahr vorgelegte so genannte Integrationskonzept des CDU-Senats beschreibt im Wesentlichen die in Hamburg schon bestehenden Einrichtungen und Maßnahmen für MigrantInnen, die schon unter dem rot-grünen Senat entwickelt worden sind. Es grenzt die Flüchtlinge aus und gibt keine konkreten Zusagen zur Umsetzung der von den MigrantInnen und der sie unterstützenden Institutionen und Organisationen auf dem Integrationskongress im September 2006 geforderten Verbesserung der Lebensbedingungen in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und rechtliche Gleichstellung, sondern nur vage Formulierungen unter dem Stichwort »Handlungsansätze«.

Die Situation der MigrantInnen in Hamburg hat sich seit der Übernahme der Regierung 2001 durch die CDU weiter verschlechtert. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind alarmierend: ein systematischer Ausschluss eines Großteils der MigrantInnen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an der

politischen Willensbildung und politischen Interessenvertretung, eine offene oder verdeckte Diskriminierung im Alltag, eine wachsende Bedrohung durch gewalttätige Rechtsextremisten und Neonazis, eine Chancenungleichheit in Bildung und Beruf sowie ein deutlich höheres Risiko, zu den Langzeitarbeitslosen zu gehören.

Wir setzen uns ein für

- die Schaffung von ausreichenden Ausbildungsplätzen für MigrantInnen und andere benachteiligte Jugendliche,
- die Bereitstellung von 25 Prozent der Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst für MigrantInnen (entsprechend ihrem Anteil an der Hamburger Bevölkerung);
- bessere berufliche Qualifikation der hier lebenden MigrantInnen statt Anwerbung im Ausland;
- die Verankerung des Rechts auf Muttersprache im Schulgesetz und Aufnahme der Herkunftssprachen der SchülerInnen in die Bildungspläne. Schon mit 20 Sprachen würden 95 Prozent der Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet;
- vollqualifizierende dreijährige Berufsfachschulen;
- aktives und passives Wahlrecht für Alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Als ersten Schritt: kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-BürgerInnen;
- die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Erleichterung der Einbürgerung;
- den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt für MigrantInnen;
- die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in allen Hamburger Stadtgebieten ohne Diskriminierung;
- die Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (Antidiskriminierungsgesetz).

Offene Grenzen für Menschen in Not

Die nicht-eingebürgerten HamburgerInnen verfügen nach dem Einwanderungsrecht über verschiedene Formen von Aufenthaltsstatus, wobei das Aufenthaltsrecht für die AsylbewerberInnen am unsichersten ist und den humanitären Anforderungen am wenigsten gerecht wird. Allein in Hamburg haben weit über 10.000 Menschen nur eine Duldung, das heißt, sie können jederzeit abgeschoben werden.

Wir gehen davon aus, dass die Menschen in der Regel nicht freiwillig ihre Heimat verlassen, sondern meist durch politische Verfolgung, wirtschaftliche Not, Hunger, ökologische Katastrophen und Krieg dazu gezwungen wurden. Nur eine privilegierte Minderheit migriert aus freien Stücken.

Die Mehrheit der politisch Verantwortlichen hat sich jahrzehntelang geweigert, die Realität Deutschlands als Einwanderungsland anzuerkennen. Das seit 2004 geltende Zuwanderungsgesetz hat diesen Zustand zwar offiziell beendet, aber de facto ist mit dem neuen Zuwanderungsrecht ein Zwei-Klassen-Recht geschaffen worden.

Die im Juni beschlossene neue Bleiberechtsregelung ist zwar auf Bundesebene für circa 20.000 Flüchtlinge eine Chance, aber 180.000 Menschen müssen nach wie vor auch in Deutschland in Unsicherheit leben. Stichtagregelung und Familientrennung sind auf Bundesebene traurige Beispiele einer zutiefst inhumanen Migrationspolitik. Die dieses Recht umsetzenden Ausländerbehörden betätigen sich als Abschiebungs- und Ausgrenzungsbehörden, anstatt Hilfen und Anlaufstellen zur Unterstützung und Integration der MigrantInnen zu sein. In dieser Politik konnte der CDU-Senat zwar durch ein breites Widerstandsbündnis vorerst gestoppt werden, aber er hält grundsätzlich an der Abschiebepolitik fest.

Wir fordern eine humane Flüchtlingspolitik!

Der Flüchtlingsschutz und die Bekämpfung von Fluchtursachen sind wichtige Bestandteile unserer Politik. Aufnahme und Schutz von in Not geratenen Menschen ist Pflicht für ein demokratisches Gemeinwesen. Flüchtlingspolitik darf nicht länger Abschiebungspolitik sein!

Wir setzen uns ein für:

- die Wiederherstellung des Asylrechts nach Artikel 16 des Grundgesetzes;
- ein dauerhaftes Bleiberecht für alle in Hamburg lebenden Menschen und die Abschaffung der Stichtagregelungen und Kettenduldungen;
- das Verbot von Abschiebungen und die ersatzlose Abschaffung der Abschiebehaft;
- die Bereitstellung finanzieller Mittel für ein menschenwürdiges Leben der Flüchtlinge anstelle von Finanzierung der Abschiebungspolitik (Lager, Gefängnisse, Flüge, Beamte);
- die Umwandlung der Ausländerbehörde in eine Aufenthaltsbehörde;
- interkulturelle Schulung und Trainings der MitarbeiterInnen in allen Behörden und Institutionen;
- den Schutz der MigrantInnenfamilien durch Abschaffung der Familientrennung und Unterstützung der Familienzusammenführung;
- die Verbesserung der Situation in den so genannten Integrationskursen durch Senkung der Kursfrequenzen, Erhöhung der Unterrichtsstunden, ausreichende Finanzierung der Kurse, Erhöhung der Gehälter und Honorare sowie die soziale Absicherung der DozentInnen;
- keine Abschottungspolitik gegenüber MigrantInnen aus Drittstaaten.

Wir wollen verschiedene offene Formen der Migration entwickeln, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus auch bei temporärem Aufenthalt in Deutschland ermöglichen und damit die globale Freizügigkeit aller Menschen gewährleisten.

Kein Mensch ist illegal

Gänzlich von Grundrechten ausgeschlossen sind die Menschen, die über kein offizielles Aufenthaltsrecht verfügen und illegalisiert werden. Das sind Flüchtlinge, die aus Angst vor Abschiebung oder den rigiden Umgangsformen der Ausländerbehörde nicht mehr zur Behörde gehen oder durch kriminelle Schlepperbanden nach Deutschland geschleust wurden. Der Schutz der elementaren Menschenrechte ist für diese »Illegalisierten« praktisch aufgehoben. Circa 2.500 »Illegalisierte« wurden im letzten Jahr behördlich registriert, die Dunkelziffer beträgt aber nach geschätzten Angaben der Nordelbischen Kirche circa 100.000 Menschen im Norden Deutschlands. Sie sind hilflos der ökonomischen Ausbeutung ausgesetzt, viele Frauen sind zudem der sexuellen Ausbeutung durch Zwangsprostitution ausgeliefert. Aus Angst vor Entdeckung können die Kinder keine Schule besuchen oder gesundheitlich versorgt werden.

Vor den Problemen der illegalisierten Menschen verschließt der CDU-Senat die Augen, wie die Auseinandersetzung um die Registrierung der illegalisierten Kinder durch die Schulbehörde gezeigt hat, die seit September 2006 eine Weiterleitung der Daten an Einwohnermeldeamt und Ausländerbehörde verlangt. Hier werden Grundrechte der Kinder auf Bildung missachtet und gegen die UNO-Kinderrechtskonvention verstoßen.

Wir fordern mit Nachdruck, dass ein prekärer oder fehlender Aufenthaltsstatus in keinem Fall zu einer Verletzung menschenrechtlicher oder grundrechtlicher Standards führen darf.

Wir setzen uns daher ein für

- die regelmäßige Legalisierung von Flüchtlingen, wenn sie mehr als sechs Monate in der Bundesrepublik leben;
- die sofortige Legalisierung auf Antrag für Opfer von Gewaltverbrechen, von Schlepperbanden und von Zwangsprostitution;
- die sofortige Legalisierung für Minderjährige;
- das Verbot der Weitergabe persönlicher Daten von SchülerInnen an das Zentrale Schülerregister (ZSR);
- für das Recht auf Bildung aller in Hamburg lebenden Kinder.

Gegen Rechts

Die extreme Rechte in Deutschland befindet sich im Aufwind. Die Verbreitung rechtsextremer Vorstellungen ist keineswegs mehr auf den Rand der Gesellschaft beschränkt. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass rechtsextreme Einstellungsmuster bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen und von Teilen der etablierten Politik befördert werden. Gerade im Bereich der Zuwanderungspolitik ist das der Fall.

Ein Hintergrund dieser Entwicklung ist die zunehmende Verschärfung der sozialen Lage, von der immer mehr Menschen betroffen sind. Parteien wie NPD und DVU versuchen, dies für sich zu nutzen, und haben sich die soziale Frage auf ihre Fahnen geschrieben. Aber ihre Lösungsangebote sind völkisch und rassistisch und richten sich gegen Minderheiten und schwächere Bevölkerungsgruppen. Die Politik muss auf die Gefahr von rechts schnell, umfassend und mit einem langen Atem reagieren.

DIE LINKE fordert:

- die Aufnahme von antifaschistischen Klauseln ins Grundgesetz und in die Hamburger Verfassung, um die Handlungsmöglichkeiten des Staates gegen Rechtsextremismus zu verbessern;
- das Verbot der NPD und das Demonstrations- und Kundgebungsverbot für alle rechtsextremen Parteien und Organisationen;
- private Unternehmen auf der Grundlage von »Arisierungen« müssen enteignet und in das Eigentum von öffentlichen Stiftungen überführt werden. Sie sollen der Wiedergutmachung der Zwangsarbeiter, der jüdischen Bevölkerung sowie der Widerstandskämpfer und Deserteure dienen. Sie sollen ferner für Zwecke der internationalen Solidarität sowie der Erforschung des Faschismus und der beiden Weltkriege tätig sein und die Arbeit von Initiativen und Vereinigungen wie den Geschichtswerkstätten oder der VVN unterstützen;
- die Namen von Straßen, Plätzen und Gebäuden dürfen keinen einzigen Namen eines Militaristen, Faschisten oder Kriegsgewinners tragen. Diese Orte gebühren AntifaschistInnen und WiderstandskämpferInnen;
- der »Kriegsklotz« am Stephansplatz muss vollständig in ein Mahnmal gegen Faschismus und Krieg aufgehen.

Seniorenpolitik für Hamburg

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Würdiges Leben ist unveräußerliches Menschenrecht, ein Beitrag dazu ist auch die Seniorenpolitik der Stadt. Alter ist für uns ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf und an dessen Gestaltung Seniorinnen und Senioren aktiv teilhaben müssen. Wir wollen, dass die Lebensleistungen der älteren Menschen geachtet werden und sie ihre Fähigkeiten und Kompetenzen in das gesellschaftliche und politische Leben einbringen können.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Hamburg im Bundesrat für eine neue Rentenpolitik eintritt: Mit den Löhnen müssen auch die Renten steigen. Die gesetzliche Rentenversicherung soll in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die schrittweise Angehörige aller Berufsgruppen einbezogen werden.

Wir lehnen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 65 Jahre als eine verkappte Rentenkürzung ab. Notwendig sind flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr, insbesondere für Beschäftigte mit belastenden Arbeitsbedingungen wie Schichtarbeit. Zumindest die Altersteilzeit soll weitergeführt und der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtert werden.

In Verbindung damit fordern wir eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, die die gesamte Bevölkerung in der gesetzlichen Krankenversicherung erfasst, alle medizinisch notwendigen Leistungen trägt und paritätisch finanziert wird. Die Bekämpfung der Altersarmut wird in nächster Zukunft als Folge von Langzeitarbeitslosigkeit, diskontinuierlichen Erwerbsverläufen und absehbar geringeren Alterseinkünften durch die aktuelle Absenkung des Rentenniveaus einen hohen Stellenwert einnehmen.

In Würde alt werden

In Hamburg leben circa 326.000 BürgerInnen, die älter als 65 Jahre sind. Rund 15.000 von ihnen sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen, weil ihr spärliches Einkommen (vor allem Hartz IV) zum Leben nicht reicht. Wir müssen zudem davon ausgehen, dass viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger die ihnen zustehenden Leistungen aus Scham oder Unwissenheit nicht in Anspruch nehmen. Und die Zahl der von Altersarmut Betroffenen wird – vor allem wegen der Rentenpolitik der Regierung Schröder und der Großen Koalition – weiter zunehmen und das Gesicht der »Wachsenden Stadt« immer mehr prägen. Würdiges Leben ist aber ein unveräußerliches Menschenrecht,

ein Beitrag dazu muss zum Beispiel aktivierende Pflege zur demokratischen Teilhabe aller am öffentlichen Leben sein.

Der Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben muss auch für pflegebedürftige Menschen gelten. Pflegebedürftig waren Ende 2005 in Hamburg 41.400 Bürgerinnen und Bürger. Davon waren 34.200 älter als 64 Jahre. Rund 13.700 lebten in stationären Pflegeeinrichtungen, 12.300 wurden von ambulanten Pflegeeinrichtungen betreut und 15.400 erhielten Pflegegeld.

Pflegebedürftige Menschen wollen in aller Regel zu Hause bleiben. Um insbesondere den Angehörigen die Pflege zu erleichtern, müssen tagesstrukturierende, unterstützende Einrichtungen, wie zum Beispiel geriatrische Tageskliniken, zur Verfügung stehen. Erforderlich ist ferner eine stärkere Vernetzung der ambulanten, halb- und vollstationären Angebote. Sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege muss eine kontinuierliche fachärztliche Betreuung gewährleistet sein. In jedem Einzelfall ist der Rehabilitationsbedarf festzustellen. Notwendige Maßnahmen und Therapien sind unverzüglich einzuleiten. Die Pflegeeinrichtungen sowie der bedarfsgerechten Versorgung sind ebenso regelmäßig zu überprüfen wie die Pflegebücher. Bei eventuellem Mehrbedarf sind weitere Pflegekräfte einzustellen.

Darüber hinaus fordern wir:

- eine existenz- und gesundheitssichernde Grundsicherung, keinen Armutsregelsatz wie bei Hartz IV oder Sozialhilfe. Bei eigener Rente eine sofortige Aufstockung: Regelsatz von 500 Euro, Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten und Mietnebenkosten, Übernahme der Krankenversicherungskosten unter Gegenrechnung der eigenen Rente;
- der in der Hilfe zur Pflege für Heimbewohner enthaltene Barbetrag wird auf mindestens 300 Euro aufgestockt, damit ein Leben in Würde und gesellschaftliche Teilhabe noch möglich sind;
- den Ausbau der geriatrischen Versorgung in den Hamburger Kliniken entsprechend dem wachsenden Bedarf;
- den Aufbau und Stärkung stadtteilbezogener Angebote und Einrichtungen;
- die Förderung altengerechten Wohnens und alternativer generationsübergreifender Wohnprojekte;
- die stärkere Berücksichtigung der älteren Zuwanderinnen und Zuwanderer;
- die Schaffung einer bedarfsgerechten Pflegeüberleitung nach Klinikaufenthalt;
- Verbesserungen in der ambulanten wie der stationären Versorgung Demenzkranker und die Erprobung innovativer Wohnformen für demenzkranke Menschen.

- Rekommunalisierung der für die Versorgung von älteren Menschen, Behinderten und Pflegebedürftigen wichtigen Einrichtungen – vor allem von Pflegen & Wohnen.

Durch die Übertragung des Heimrechtes in die Verantwortung der Länder sind diese nun gehalten, für das alte, vom Bund beschlossene Heimrecht und seine nachgeordneten Bereiche landesspezifische Gesetze zu entwickeln. Dabei treten wir dafür ein, dass sich die Qualität der pflegerischen Versorgung nicht verschlechtert und die baulichen Mindeststandards nicht gesenkt werden.

Für die Neugestaltung des Heimrechtes fordern wir:

- die Position der Heimräte zu stärken und sie auch mit unabhängigen Externen zu besetzen;
- die Erhöhung des festangestellten Fachkräfteanteils in den Heimen;
- Transparenz der Kalkulation und Kostensituation der Träger sowie eine kontinuierliche, zweckdienliche Pflegedokumentation;
- Aufstockung des Personals der Heimaufsicht und ihre Ausgestaltung als eigenständige und unabhängige Behörde;
- Ausweitung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für das Pflegepersonal;
- die stärkere Einbeziehung der Medizinischen Dienste der Krankenversicherung sowie des Gesundheitsamtes in die Qualitätskontrolle.

Auf Landesebene ist Politik für Seniorinnen und Senioren vor allem eine Querschnittsaufgabe. Sie weist nicht nur Bezüge zur Sozial- und Gesundheitspolitik auf, sondern ist mit fast allen anderen Politikfeldern mehr oder minder verschränkt. Zum Beispiel mit der Wohnpolitik.

Mit fortschreitendem Alter verändern sich die Ansprüche an das Wohnen, vor allem an die Größe, die Ausstattung und die Lage der Wohnung. Serviceleistungen nach Bedarf sollen gewährleistet sein. In der Zeit nach dem Berufsleben entdecken viele Seniorinnen und Senioren alte und neue Interessen, wie der Besuch von Volkshochschule oder Universität zeigt.

Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Behinderung ist eine Einschränkung, auch sozial. Dies kann durch Solidarität und gesellschaftliche, soziale Gerechtigkeit überwunden werden. Die Gemeinsamkeit von Behinderten und Nichtbehinderten muss der Regelfall werden. Behinderte Menschen haben einen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben. Die Separation in spezielle Einrichtungen ist nur dann richtig, wenn es von den betroffenen Menschen gewollt ist oder die für sie bessere Lösung ist.

Das heißt für Hamburg:

- Vorrang der Integration von behinderten Kindern in die örtlichen Kindergärten und in Regelschulen. Ausbildung und Fortbildung des Personals für diese Aufgabe, Sicherstellung der notwendigen Assistenz und Gruppengrößen, die die Integration möglich machen;
- Ausbildung von behinderten Jugendlichen so weit wie möglich in Betrieben. Die Stadt muss Vorbildcharakter sein;
- die Arbeitsverdichtung führt dazu, dass die Betriebe immer weniger bereit sind, behinderte Menschen auszubilden und zu beschäftigen. Hier kann die Stadt mit ihren Betrieben mit gutem Beispiel vorangehen. Wir brauchen eine Humanisierung der Arbeit, wodurch auch eingeschränkte Menschen an regulärer Arbeit teilhaben;
- alle öffentlichen Einrichtungen (Verkehr, Verwaltungen usw.) müssen behindertengerecht gestaltet werden. Vorrangig sind Verkehrsknotenpunkte entsprechend zu gestalten;
- die Stadt muss ihre Strukturverantwortung für alle Einrichtungen für behinderte Menschen wahrnehmen;
- das Kriterium für die medizinische Versorgung ist ausschließlich das Wohl des Menschen. Wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnungen zur Ablehnung von Therapien sind zynisch und menschenverachtend.

Hamburg – eine Stadt der Medien

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Die gesellschaftspolitische Funktion der Medien, die Bevölkerung über alle Fragen und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu informieren, damit Ursachen und Zusammenhänge sozialer und politischer Prozesse verstanden werden, wird gefährdet. Denn Medienwirtschaftsmacht bedeutet Marktmacht bedeutet Meinungsmacht. Namhafte Zeitungs- und Zeitschriftenverlage sind in Hamburg ansässig: Springer, Burda, Bauer, Gruner + Jahr, Spiegel, Die Zeit, der Jahreszeitenverlag. Zusammen mit NDR und DPA prägen sie Hamburg als Medienstadt. 60.000 Menschen arbeiten in Hamburg in den Medien. Gleichzeitig vollzieht sich in Deutschland eine Medienkonzentration. Die Umbrüche nehmen eine Dimension an, die eine Reform der Medienordnung überfällig macht. Vorherrschend ist nach wie vor eine auf – nunmehr zunehmend nationale – Standortinteressen bezogene Medienwirtschaftspolitik. Dagegen steht die grund- und bürgerrechtliche Orientierung, die in demokratischer Hinsicht die Informations- und Medienfreiheiten in den Vordergrund rückt.

Wir setzen uns zusammen mit den Gewerkschaften für den Vorrang demokratischer Medienpolitik ein. Grundrechte wie die Pressefreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz verpflichten zur Gestaltung der Medienordnung. Wir brauchen eine Wiederherstellung des föderalen, des bundesstaatlichen Prinzips: Nicht von Ministerpräsidenten und ihren Staatskanzleien, sondern im parlamentarischen Raum – mit Beteiligung der Öffentlichkeit – sind medienpolitische Grundsatzentscheidungen zu treffen. An die Stelle medienpolitischer Kurfürstentümer muss der Föderalismus der Parlamente treten. Die Länder bilden den Bund. DIE LINKE Hamburg weiß um die hervorgehobene Rolle Hamburgs als Impulsgeberin für medienpolitische Initiativen und schlägt deshalb auch für die Bundesebene Forderungen vor.

Journalistische Unabhängigkeit in Hamburg sichern

Das Landespressegesetz muss geändert werden: Die Kompetenzen zwischen Verlag und Redaktion müssen durch die verpflichtende Einrichtung von Redaktionsstatuten gesichert werden. Redakteurinnen und Redakteure müssen unter anderem bei der Berufung und Abwahl von ChefredakteurInnen und anderen personellen Veränderungen mitbestimmen können. Sie dürfen in ihrer geistig-schöpferischen Tätigkeit und dem öffentlichen Auftrag der unabhängigen Berichterstattung nicht durch die wirtschaftlichen Interessen des Verlegers eingeschränkt werden (z.B. unkritische Berichterstattung, auf Druck von Anzeigenkunden).

Zum Ausbau der journalistischen Qualität und unabhängigen Berichterstattung unterstützen wir Initiativen für eine öffentlich-rechtliche Zeitung für Hamburg.

Im Interesse der journalistischen Unabhängigkeit fordern wir eine sozial abgesicherte Beschäftigung von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Ausbau von Feststellungsverhältnissen, um langfristig angelegte Recherchemöglichkeiten, kontinuierliche Qualitätsstandards zu schaffen und berufliche Lebensplanung zu garantieren. Dafür setzen wir uns auch in allen anderen Medienbereichen ein

Filmförderung ausbauen, Privatisierung beschränken

Die Filmförderung muss ausgebaut werden. Sie ist ein wichtiger Kulturfaktor für die Bevölkerung. 2005 wurden 29 Kino- und TV-Filme mit insgesamt 5,5 Millionen Euro gefördert, 2004 waren es noch 7,9 Millionen Euro für die Entwicklung, Herstellung und Auswertung von Filmen, konkret wurden 35 Projekte mit 5,8 Millionen Euro gefördert. Hinzu kamen kleinere Beträge für spezielle Förderungen (Animationen, Studentenfilme). 2006 vergab die Filmförderung 6,7 Millionen Euro. Das reicht nicht aus, um das kreative Potenzial in dieser Stadt zu unterstützen. Der Senat hat eine kulturelle und kreative Filmproduktion sicherzustellen.

Eine weitere Privatisierung von TV-Produktionen muss durch eine entsprechende Regelung im Rundfunkstaatsvertrag gesetzlich beschränkt werden, um damit eine noch größere Abhängigkeit vom Markt zu vermeiden.

Gegen die Springer-Übermacht: »hamburg.de« muss kostenlos sein

Der Axel-Springer-Verlag dominiert den Hamburger Zeitungsmarkt. Im März 2007 hat der Verlag auch noch die Mehrheit am Stadtportal »hamburg.de« übernommen. Diese medienpolitische Fehlentscheidung muss rückgängig gemacht werden. Wir fordern, dass jede/r BürgerIn eine kostenlose E-Mail-Adresse xxx@hamburg.de inklusive Webspaces erhält (zurzeit 41,88 Euro im Jahr).

Beteiligungen offenlegen

Der neue Senat muss die Transparenzpflicht (Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht und Anlagen) für alle Medienunternehmen gemäß Handelsgesetzbuch durchsetzen, wozu jedes andere Wirtschaftsunternehmen in Hamburg verpflichtet ist. Bisher weigern sich die in Hamburg ansässigen Verlage, ihren gesetzlichen Verpflichtungen in Hamburg nachzukommen.

Besonders der NDR ist – im Vergleich zu anderen ARD-Anstalten – dadurch geprägt, dass er mit unzähligen Tochtergesellschaften (z.B. NDR-Media)

oder Einzelunternehmen (z.B. Studio Hamburg) verflochten ist. Im Interesse einer öffentlich notwendigen Transparenz streben wir an, dass die genauen Beteiligungen und Geschäftsziele offengelegt werden.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sichern

Wir sprechen uns gegen die Bestrebungen der CDU aus, wichtige gesellschaftlich relevante Gruppen, zum Beispiel die Gewerkschaften, aus dem NDR-Rundfunkrat zu drängen. Wir fordern außerdem, dass VertreterInnen wichtiger sozialer Bewegungen wie Attac und der Friedensbewegung in den Rundfunk- und Verwaltungsrat aufgenommen werden. Gremiensitzungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind öffentlich.

Gesetzliche Rundfunkgebühren sichern den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. ALG-II-EmpfängerInnen und andere Menschen mit keinem oder niedrigem Einkommen sind richtigerweise von der Gebührenpflicht befreit. Die Antragstellung hierzu muss jedoch entbürokratisiert werden (Bedürftigkeitsnachweis über die Arge). Den gewerblichen RundfunkteilnehmerInnen, die aus sonstigen Gründen geringere Gebühren zahlen (z.B. Hotel- und Gaststättengewerbe), sollen diese Privilegien entzogen werden.

Mitbestimmung in der Presse und im NDR ausbauen

In Presseunternehmen ist die Mitbestimmung des Betriebsrats in wirtschaftlichen Angelegenheiten insgesamt, bei Arbeitszeiten und Personalentscheidungen, die journalistisch tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffen, auf ein bloßes Anhörungsrecht reduziert (Tendenzschutz nach § 118 Betriebsverfassungsgesetz). Diese Einschränkung ist ein rein deutsches Phänomen und in anderen europäischen Ländern unbekannt. Sie ist überholt, undemokratisch und gehört abgeschafft. Wir fordern vom neuen Senat eine entsprechende Bundesratsinitiative. Für den NDR soll endlich ein Mitbestimmungsrecht gelten, das auf die spezifischen Belange einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Rücksicht nimmt. Das Bundespersonalvertretungsgesetz hat sich in der Praxis für die Beschäftigten nicht bewährt. Die Absicht einer entsprechenden Novellierung war zwar zunächst im Rundfunkstaatsvertrag vorgesehen, ist aber bis heute nicht realisiert worden. Wir fordern vom neuen Senat eine entsprechende Initiative.

Landesmediengesetz

Die Novellierung des Hamburgischen Mediengesetzes und die Zusammenlegung der beiden Landesmedienanstalten Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer Medienanstalt muss überdacht und überarbeitet werden, insbesondere unter folgenden Punkten:

- Die Existenz des »Freien Sender Kombinati – FSK« (Hamburg) ist auf Dauer zu gewährleisten;
- Hamburg braucht wieder einen »Offenen Kanal«, denn die Verlagerung des ehemaligen »OK« zur »Hamburg Media School« als »Tide« ist kein Ersatz. Und: Ein Ausbildungskanal wie »Tide« gehört nicht an eine Private-Public-Partnership-Ausbildungsstätte wie die HMS, sondern muss als Uni-TV beim Studiengang Journalismus im Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg angesiedelt sein;
- ein klar definierter Wortanteil muss verpflichtend festgeschrieben werden, um die Meinungs- und Informationsvielfalt zu garantieren;
- in den Gremien muss der Einfluss der gesellschaftlich relevanten Gruppen wieder gestärkt und der Einfluss der Parteien zurückgedrängt werden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für freie Journalisten müssen gefördert werden.

Gegenöffentlichkeit wie die Arbeit von Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchiven müssen wieder verstärkt gefördert werden.

Im Bundesrat muss Hamburg für eine Novellierung des Zeugnisverweigerungsrechts und gegen die Telefonüberwachung und Online-Durchsuchung der Bundesregierung eintreten.

Ein Medienbeauftragter des Senats muss der Kultur- und nicht (wie zur Zeit) der Wirtschaftsbehörde zugeordnet werden.

Demokratie und Grundrechte

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

DIE LINKE engagiert sich für die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen, um in Hamburg ein weltoffenes und tolerantes Klima zu fördern, das die vielfältigen Lebensweisen der Menschen in der Stadt respektiert.

Die Grundrechte, beispielsweise die Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder das Streikrecht, sind für ein selbstbestimmtes Leben in fairer Kooperation mit anderen und für eine demokratische und soziale Gesellschaft grundlegend und unverzichtbar. DIE LINKE wendet sich deshalb ebenso gegen alle Versuche, Menschen und Gruppen in dieser Stadt durch Einschränkung ihrer Grundrechte aus der Gesellschaft auszugrenzen, wie gegen die immer stärker werdende Tendenz, den präventiven Sicherheitsstaat mit gravierenden Grundrechtseingriffen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durchzusetzen zu wollen.

Nicht erst seit gestern, doch mit zunehmender Tendenz missbrauchen die etablierten Parteien das berechnete Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und die entstandene Unsicherheit, die jene selbst durch die Politik des sozialen Kahlschlags hervorgebracht haben, zur Herausbildung einer autoritären und repressiven Politik. Kindern und Jugendlichen, die nicht parieren, droht die geschlossene Unterbringung. Obdachlose, Bettler und Drogenabhängige werden aus der Innenstadt vertrieben. An immer mehr Plätzen überwachen Videokameras, was vor sich geht. Asylsuchende werden nach Mecklenburg-Vorpommern »verbracht«. Wegsperrungen statt Resozialisierung lautet die Devise im Strafvollzug. Martialische Polizeiaufgebote lassen sozialen und politischen Protest als Gefahr für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erscheinen.

Doch diese Politik überdeckt nur die strukturellen Probleme, die durch soziale Ungerechtigkeit, Armut und Ausgrenzung hervorgerufen werden, und löst sie nicht. Sie erzeugt eine Atmosphäre von Angst, Feindseligkeit und Verdrängung auf Kosten des solidarischen Umgangs. Hamburg braucht ein Konzept der öffentlichen Sicherheit, das nicht auf Ausgrenzung, Kontrollwahn und Unterdrückung beruht. DIE LINKE sieht in der Stärkung der Grund- und Freiheitsrechte sowie in der Verteidigung des Sozialstaatsprinzips mit seinen differenzierten Systemen sozialer Sicherung die entscheidenden Grundlagen einer nachhaltigen Politik der öffentlichen Sicherheit. Die beste Kriminalprävention und Sicherheitspolitik ist die Stärkung der demokratischen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger und eine gerechte Sozialpolitik, die deren soziokulturellen Bedürfnisse sichert.

Deshalb tritt DIE LINKE für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Innen- und Justizpolitik ein.

Zu den vordringlichsten Aufgaben gehören dabei:

- Die Aufhebung des Hamburger Polizeigesetzes. Das geltende Polizeigesetz ist eines der repressivsten in der Bundesrepublik und ermöglicht drastische Grundrechtseingriffe der Polizei gegenüber Menschen, die in Hamburg leben oder sich hier aufhalten: verdachtsunabhängige Kontrollen jederzeit an jedem Ort, Unterbindungsgewahrsam von bis zu zwei Wochen, Aufenthaltsverbote von bis zu zwölf Monaten, präventive Telekommunikations- und Videoüberwachung sowie die Rasterfahndung wurden legalisiert oder erheblich ausgeweitet – selbst der Einsatz von lebensgefährlichen Elektroschockgeräten und der »finale Rettungsschuss« wurden gesetzlich normiert;
- die Novellierung des Versammlungsrechts, das die progressive, versammlungsfreundliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Brokdorfbeschluss) und der Verwaltungsgerichte (Verbot von Einkesselungen) berücksichtigt und das Grundrecht der Versammlungsfreiheit respektiert, statt es auszuhebeln. Die Praxis der Polizeikessel, von willkürlichen Ingewahrsamnahmen, Platzverweisen und Strafanzeigen insbesondere bei Schüler- und Studierendenprotesten, antifaschistischen und globalisierungskritischen Demonstrationen muss beendet werden. Auch die Angriffe gegen gewerkschaftliche Streikposten, die in Tarifkonflikten mit versammlungsrechtlichen Strafverfahren überzogen werden, oder gegen Umweltschützer, die zu zweit mit Transparent gegen die Atomkonzerne demonstrieren, sind inakzeptabel;
- Schritte zur Demokratisierung der Polizei, darunter Kennzeichnungspflicht von PolizeibeamtInnen sowie demokratische Kontrolle der Polizei durch eine unabhängige Polizeikommission;
- Hamburger Initiativen auf Bundesebene zur Bändigung von staatlicher Verfolgungswillkür und Strafwut statt Unterstützung für den Ausbau des präventiven Sicherheitsstaates. So setzt sich DIE LINKE. Hamburg vor allem für die Abschaffung des § 129 ein, der mit seinen auswuchernden Unterparagraphen die Ausforschung und Kriminalisierung sozialer Protestbewegungen ermöglicht;
- der sofortige Stopp der Brechmittelvergabe. Obwohl der Einsatz von Brechmitteln nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gegen das Verbot von Folter und menschenunwürdiger Behandlung verstößt, setzt die Innenbehörde ihre inhumane und erniedrigende Politik der Brechmitteleinsätze in zynischer Weise auf »freiwilliger« Basis fort. Hiervon sind nach wie vor Flüchtlinge und MigrantInnen betrof-

- fen, die in das rassistische Kontrollraster der Strafverfolgungsbehörden geraten und sich häufig hiergegen nicht wehren können;
- die Einrichtung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsbüros in allen Stadtteilen, die alle Arten von Diskriminierung nach dem Antidiskriminierungsgesetz verfolgen und unterbinden, juristischen Beistand gewähren sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit machen;
 - die Abschaffung des zentralen Schülerregisters. Die Auseinandersetzung um dieses zentrale Schülerregister hat gezeigt, dass Zivilcourage und öffentlicher Druck notwendig sind, um das Recht auf Bildung von illegalisierten Flüchtlingskindern gegen den CDU-Senat durchzusetzen. DIE LINKE unterstützt deshalb die Schulen in ihrem Kampf gegen das zentrale Schülerregister und solidarisiert sich mit den SchulleiterInnen, die sich bei ihrer Gewissensentscheidung auf die UN-Kinderrechtskonvention berufen;
 - die Schließung der Feuerbergstraße. Den Initiativen für eine demokratische Kinder- und Jugendpolitik, die für alle Kinder und Jugendlichen eine Kultur des Aufwachsens in gegenseitigem Respekt ermöglicht, gehört unsere Unterstützung;
 - DIE LINKE setzt alles daran, das Strafvollzugsgesetz zu verhindern beziehungsweise rückgängig zu machen. Dieses Strafvollzugsgesetz zementiert und legalisiert die seit langem herrschende Praxis der Entmündigung und der totalen Entrechtung der Gefangenen, der vollständigen Abkehr vom Ziel der Resozialisierung. DIE LINKE tritt dafür ein, dass der Jugendstrafvollzug durch ein eigenes Gesetz geregelt wird, das den Mindestanforderungen genügt, wie sie etwa von der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V. gefordert werden, und das darauf zielt, die jugendlichen Gefangenen bei der Integration in die Gesellschaft zu unterstützen;
 - der öffentliche Raum der Stadt muss allen Menschen zur Verfügung stehen. Die Umwandlung von öffentlichen Räumen in privat genutzte Flächen, die nur einem exklusiven Kreis offenstehen, lehnen wir ab. Das führt dazu, dass die Infrastruktur der Stadt nicht mehr für alle da ist und der öffentliche Raum eingeschränkt wird.

Linke Drogenpolitik: Hilfe statt Strafe

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Tausende junge Menschen in dieser Stadt werden täglich bespitzelt, belästigt und kriminalisiert, weil sie Drogen konsumieren. Gefängnisse wurden ausgebaut, Hilfseinrichtungen geschlossen. Dieser Trend war schon durch den damaligen SPD-Innensenator Scholz mit der Einführung der Brechmittelvergabe verstärkt worden. Der ehemalige Justizsenator Kusch baute die Spritzenautomaten in den Haftanstalten ab. Von der CDU-Regierung veranlasste willkürliche Kontrollen und massenhafte Platzverweise dienen der Einschüchterung der Jugend. DIE LINKE knüpft mit ihrer Drogenpolitik an die Reforminitiativen des früheren sozialdemokratischen Bürgermeisters Voscherau an, indem sie die Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen fordert.

Dafür müssen Besitz und Erwerb straffrei gestellt und dürfen nicht verfolgt werden. Verbote sind unwirksam. Mit Blick auf die große Zahl drogenabhängiger Menschen in dieser Stadt ist aus medizinischen, therapeutischen und volkswirtschaftlichen Gründen die Abschaffung der Prohibition, die Legalisierung erforderlich, was Hamburg natürlich nicht im Alleingang schaffen kann. Wie in anderen Bereichen der Gesundheits- und Sozialpolitik, so müssen die Betroffenen auch hier ihre Interessen gegen die Profiteure im Drogengeschäft durchsetzen. Das sind in erster Linie die Pharmakonzerne und Großbanken, die weltweit das große Geschäft mit der Sucht machen.

Die Drogenpolitik der LINKEN folgt dem Leitgedanken: Hilfe statt Strafe. In dem Maße, wie die Strafverfolgung auf die wirklich Schuldigen im Drogenhandel begrenzt werden muss, braucht das Hilffssystem in Hamburg Therapieplätze statt Hafträume. Der Justizsenator hat zu veranlassen, dass inhaftierte Drogenabhängige sich für Hilfe in Freiheit entscheiden können. Ausreichend bezahlbarer Wohnraum sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze sind die wirksamste Prävention gegen Betäubungsmittelkonsum.

Mehr Demokratie in Hamburg: Volksgesetzgebung ausbauen

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

In den letzten Jahren sind Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide zu einem wichtigen Bestandteil der politischen Willensbildung in Hamburg geworden. DIE LINKE will die Volksgesetzgebung weiter ausbauen. Sie ist ein unverzichtbares Mittel, um die demokratische Beteiligung der Menschen an den politischen Entscheidungen zu stärken.

Volksentscheide tragen zur öffentlichen politischen Debatte bei und beleben die zivilgesellschaftlichen Strukturen. Sie geben außerparlamentarischen Initiativen ebenso wie den Oppositionsparteien die Möglichkeit, sich unmittelbar an der Gesetzgebung zu beteiligen. Sie zwingen Regierungen und Parteien dazu, Position zu beziehen und Farbe zu bekennen. Nicht die Interessen der Reichen und der Konzerne, sondern die demokratische Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger soll die Politik bestimmen.

DIE LINKE will die Volksgesetzgebung erleichtern und verbindlich gestalten. Das Verfahren der Volksgesetzgebung soll sich – wie bisher – in drei aufeinander folgende Stufen gliedern: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

Auf jeder Stufe soll die Beteiligung der BürgerInnen erleichtert werden. Die Eintragsfrist für das Volksbegehren wird auf sechs Wochen verlängert. Eintragungen sollen in dieser Zeit auch am Samstag sowie an einem Werktag in jeder Woche bis 20 Uhr möglich sein. Beim Volksbegehren soll die freie Unterschriftensammlung möglich sein, beim Volksbegehren und beim Volksentscheid die kostenfreie Briefwahl. Es sind ausreichend wohnortnahe Eintrags- und Abstimmungsstellen vorzusehen. Über den genauen Zeitraum beziehungsweise den Tag der Abstimmung können die Initiatoren der Gesetzesinitiative innerhalb einer allgemeinen Frist selbst entscheiden.

Mit dem erfolgreichen Abschluss der Volksinitiative beziehungsweise des Volksbegehrens erhalten die Initiatoren – ähnlich den Möglichkeiten, die Parteien vor Wahlen besitzen – öffentliche Unterstützung bei der Information der BürgerInnen über den Gegenstand der Entscheidung (u.a. kostenlose Nutzung von Werbeflächen im öffentlichen Raum). Die finanziellen Möglichkeiten der Initiatoren sollen nicht über Erfolg oder Misserfolg einer Gesetzesinitiative entscheiden.

Die Hürden für das Zustandekommen einer Volksinitiative und den Erfolg von Volksbegehren und Volksentscheid sind abzusenken. Eine Volksinitiative

soll zustande gekommen sein, wenn sie von mindestens 10.000 Wahlberechtigten unterstützt worden ist. Das Volksbegehren soll erfolgreich sein, wenn es von mindestens drei Prozent der Wahlberechtigten durch Eintragung befürwortet wird. Der Gesetzesentwurf soll durch Volksentscheid angenommen sein, wenn er die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen und mindestens die Stimmen von 15 Prozent der Wahlberechtigten erhält. Bei Verfassungsänderungen müssen jeweils doppelt so viele Eintragungen beziehungsweise Ja-Stimmen vorliegen.

Zu den zulässigen Gegenständen der Volksgesetzgebung sollen außer Gesetzesentwürfen auch Entscheidungen über das Handeln der Regierung der Freien und Hansestadt Hamburg sowie über einzelne Inhalte von Gesetzen, deren konkrete Ausgestaltung von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen wird, gehören. Volksentscheide sollen auch zu grundsätzlichen Fragen der Haushaltsgestaltung und der Tarifgestaltung öffentlicher Unternehmen sowie zur Aufforderung der Freien und Hansestadt Hamburg, eine bestimmte Bundesratsinitiative einzuleiten oder zu unterstützen, möglich sein.

Die Aufhebung oder Änderung von Gesetzen, die durch Volksentscheid zustande gekommen sind, soll nur durch einen mit qualifizierter Mehrheit gefassten Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft möglich sein. In diesem Fall ist die Möglichkeit eines vereinfachten und beschleunigten Volksgesetzgebungsverfahrens über die Aufhebung oder Änderung vorzusehen.

Obwohl das Land Hamburg per Verfassung als Einheitsgemeinde definiert ist, fordert DIE LINKE. Hamburg, dass die Bezirksversammlungen zu wirk-samen Kommunalvertretungen entwickelt werden, indem sie ein eigenes Haushaltsrecht und ausreichende finanzielle Mittel erhalten. Das Evokationsrecht ist abzuschaffen.

Eine andere Politik ist finanzierbar

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Die entscheidenden Rahmenbedingungen für die Finanzkraft des Landes Hamburg werden von der Bundesebene und der Europäischen Union bestimmt. Auch wenn Hamburgs finanzpolitischer Spielraum durch die ungerechte Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Kommunen und die unsoziale Politik der Bundesregierung nicht sehr groß ist: Hamburg hat Spielräume für eine soziale Politik und einen alternativen, sozialen und solidarischen Stadtentwicklungspfad, den keine der bisherigen Bürger-schaftsparteien CDU, SPD und GAL auch nur ansatzweise beschreitet.

DIE LINKE. Hamburg sieht dieses Wahlprogramm als einen Vorschlag zur Veränderung dieser Stadt. Weitere Schritte im Bereich der Finanzpolitik müssen ihre Einnahmesituation verbessern. Wir schlagen deshalb auf Bundesebene unter anderem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer (bei Freibeträgen von 300.000 Euro), die Rücknahme der Unternehmenssteuerreform vor (kostet allein in Hamburg nach Berechnungen des Senats ab 2008 circa 300 Millionen Euro im Jahr). Wenn allein die 36 reichsten Hamburger auf ihr Vermögen von zusammen 49 Milliarden Euro 2,5 Prozent Vermögenssteuer bezahlten, hätte Hamburg pro Jahr 1,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Die künftige Fraktion der LINKEN wird in der Hamburger Bürgerschaft einen Antrag einbringen, in dem der Senat zu konkreten Initiativen in Sachen Vermögenssteuer im Bundesrat verpflichtet wird. Diese sind erste Schritte, die Gemeindefinanzen generell zu stärken.

DIE LINKE. Hamburg wird den Überschuss der Hamburger Haushalts aus dem Jahre 2006 in Höhe von 580 Millionen Euro nutzen. Für den Doppelhaushalt 2007/2008 wird mit höheren Steuereinnahmen von über einer Milliarde Euro gerechnet. Laut Schätzung kann bis zum Jahr 2010 von Mehreinnahmen in Hamburg in Höhe von 350 Millionen Euro jährlich ausgegangen werden. Damit haben wir die finanziellen Mittel für eine soziale Anschubfinanzierung der nächsten Jahre von 500 Millionen Euro jährlich.

Die Betriebsüberschüsse sind Resultat drastischer Sparoperationen. Die höheren Einnahmen verdankt die Stadt der blühenden Konjunktur. Der CDU-Senat steckt die Überschüsse in Renommierprojekte, die zum Teil keine ausgewiesene Finanzierung für den laufenden Betrieb haben. Soweit möglich, müssen die Renommierprojekte gestoppt werden.

Diese Politik ist unsozial und betriebswirtschaftlich unakzeptabel. Wir werden prüfen, welche Renommierprojekte noch gestoppt werden können.

Insbesondere werden wir den Hamburger Versorgungsfond (HVF) kritisch untersuchen.

Wir verlangen die Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 Prozent auf das Berliner Niveau von 4,5 Prozent (ca. 60 Millionen Euro jährlich), die Erhöhung der Grundsteuer auf Bremer Niveau (ca. 23 Millionen Euro jährlich), die Anhebung der Gewerbesteuer auf Münchener Niveau (ca. 67 Millionen Euro jährlich) und die Einführung einer »Gemeindefortschrittssteuer« für alle Unternehmen und Freiberufler (ca. 130 Millionen Euro jährlich). Im Zuge der Föderalismusreform II soll sich der Senat endlich für eine grundlegende Reform der Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einsetzen.

Wir werden die Einstellung von 150 zusätzlichen Betriebsprüfern verlangen – auch zur zusätzlichen Prüfung der Einkommensmillionäre. Von den zu erwartenden Einnahmen von circa 150 Millionen Euro bleibt allerdings nur ein Teil in Hamburg. Mittelfristig setzen wir uns dafür ein, alle Hamburger Betriebe regelmäßig nahtlos zu prüfen.

Aber auch bei den Ausgaben ist eine andere Finanzpolitik nötig, zum Beispiel Verzicht auf Großprojekte.

Hier ist DIE LINKE!

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Die Durchsetzung einer alternativen Stadtentwicklung erfordert ein umfassend verändertes Kräfteverhältnis in dieser Stadt. Zunächst geht es darum, den neoliberalen Umbau zu stoppen und einen anderen Entwicklungspfad zu öffnen, als Einstieg in eine soziale und solidarische Stadtentwicklung. Dafür kämpft DIE LINKE:

- In und mit den vielen Initiativen, Gruppen und Verbänden, die sich im lokalen, bezirklichen oder landesweiten Rahmen engagieren;
- gegen Arbeitsplatzabbau, Hartz IV und Arbeitslosigkeit, gegen Preiserhöhungen, Sozialabbau, Verschlechterung von Bildung, Kultur und städtischer Infrastruktur, gegen Zersiedelung der Landschaft, Mietwucher, für Umweltschutz, ein ökologisch und sozial verträgliches Verkehrskonzept, gegen Großprojekte im Zeichen der »Wachsenden Stadt«, gegen die Olympiabewerbung, gegen Studien- und Schulbuchgebühren, die Schließung von Schulen, Bücherhallen und Schwimmbädern, gegen die Abschiebung von Flüchtlingen und gegen die Benachteiligung von Stadtteilen;
- für Friedenspolitik und Völkerverständigung, gegen Rüstung und Rüstungsexporte, Krieg und Auslandseinsätze der Bundeswehr, für Demokratie und gegen Neofaschismus und Rassismus, für Solidarität mit unterdrückten und ausgebeuteten Völkern, für eine soziale und demokratische EU, gegen den EU-Verfassungsentwurf, gegen die G-8-Gipfel und ein neues Gats-, Trips- und WTO-Abkommen, für die Gleichberechtigung von MigrantInnen sowie gegen deren Diskriminierung und Kriminalisierung;
- für die Gleichstellung der Geschlechter, eine wirkliche Gleichstellungspolitik in Hamburg und gleichen Lohn für gleiche Arbeit;
- für die Ausweitung und gegen die Einschränkung der demokratischen Rechte Aller, der Mitbestimmung in Betrieben, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen, für die Ausweitung der Volksgesetzgebung, für die Dezentralisierung und Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen hin zu wirklichen kommunalen Rechten;
- mit allen, die gegen die hemmungslose Privatisierungspolitik des Senates und der EU aktiv eintreten;
- in und mit den Gewerkschaften in der Verteidigung und der Ausdehnung der sozialen Rechte, in der Verteidigung der Tarifverträge und der Tarifhoheit, der Verteidigung des Streikrechts, einschließlich des Rechts auf politischen Streik und den Generalstreik (wie es den völkerrechtlichen Normen der

IAE/ILO entspricht) und für den gesellschaftlichen Mitbestimmungsanspruch der Gewerkschaften;

- mit allen, denen die Bewahrung aller zivilgesellschaftlichen Errungenschaften wichtige Richtschnur des Handelns ist.

Außerparlamentarischer Druck hat für DIE LINKE Vorrang, denn nur wenn es auf Straßen und Plätzen, in Büros und Verwaltungen, in Vereinen und Bildungseinrichtungen zu einer Dominanz des Veränderungs- und Reformdrucks kommt, ist eine Änderung der Politik gegen das globalisierte Kapital, gegen Großkonzerne und die Handelskammer Hamburg auf Dauer möglich.

DIE LINKE strebt eine starke parlamentarische Vertretung in allen Bezirken und der Hamburger Bürgerschaft an, um mit allen demokratischen Kräften gemeinsam die Wende zu einer sozialen, solidarischen Stadtpolitik durchsetzen.

Als sozialistische Linke haben wir weitergehende Ziele: den demokratischen Sozialismus, die Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft in öffentliches Eigentum. Das würde auch für Hamburg erhebliche neue Möglichkeiten für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen freisetzen. Kontrovers diskutieren wir neue Fragen. Einig sind wir uns aber darin: »Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.« (»Programmatische Eckpunkte« der LINKEN)

Neue Ideen kommen nicht von allein und setzen sich nicht einfach so durch. Wir meinen nicht, dass man vom Parlament aus die Welt ändern, neue Ideen finden kann. Aber wir versuchen eine Aufgabe zu lösen: dass die Bewegung, die den Neoliberalismus überwinden will, auch im Parlament Ausdruck findet, dass das Rathaus gläsern, durchsichtig wird, dass nicht mehr verborgen werden kann, was »da oben« gekungelt wird. Das heißt jedoch auch, grundsätzliche Politik mit praktischen Veränderungs- und Reformschritten zu verbinden. Und das heißt, an Bewegungen, Initiativen und Aktionen teilzunehmen und gleichzeitig aus der Bürgerschaft heraus diese zu unterstützen.

Es wird Zeit, dass eine Partei in die Bürgerschaft einzieht, die wieder für Solidarität, Arbeit und soziale Gerechtigkeit steht. Eine Partei, die eine klare Alternative zum herrschenden Neoliberalismus und zur Politik des Sozialabbaus der etablierten Parteien bietet. Deshalb wird DIE LINKE in Hamburg in Opposition zu jeder Politik stehen, die Sozialabbau betreibt, Privatisierungen von öffentlichem Eigentum vornimmt oder die Rechte der Lohnabhängigen,

prekär Beschäftigten, Erwerbslosen, RentnerInnen und MigrantInnen noch weiter beschneidet.

DIE LINKE steht an der Seite der Menschen, die durch die Politik der anderen Parteien benachteiligt werden, und die für Arbeit und soziale Gerechtigkeit eintreten. Sie steht an der Seite derjenigen, die mit Hilfe ihrer Gewerkschaften gegen Arbeitsplatzabbau, Sozialdumping und Verschlechterungen der Arbeits-, Bildungs- und Lebensbedingungen kämpfen, die gegen Studiengebühren und für eine bessere Ausbildung und Bildung auf die Straße gehen. Wir sind solidarisch verbunden mit den Gruppen und Verbänden, die sich außerparlamentarisch für eine soziale und humane Zukunft engagieren. Deshalb kooperieren wir mit allen Kräften, die entschlossen für soziale Gerechtigkeit und für ein solidarisches Gemeinwesen eintreten.

Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik des Sozialabbaus.

Ein anderes Hamburg ist nötig – ein anderes Hamburg ist möglich.

Mit diesem Wahlprogramm wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern unsere konkreten Politikkonzepte vorstellen. Im Wahlkampf wollen wir mit Ihnen diskutieren. In der Bürgerschaft wollen wir für ihre Umsetzung streiten.

Informieren Sie sich, sprechen Sie mit uns. Und nicht zuletzt: Geben Sie uns am 24. Februar 2008 Ihre Unterstützung bei der Wahl durch Abgabe aller Stimmen für DIE LINKE. Damit in Hamburg erstmals eine linke, antineoliberale Kraft in die Bürgerschaft einzieht – eine Kraft, die ohne Wenn und Aber auf der Seite derjenigen steht, die ausgegrenzt und ausgeschlossen sind.

Wählen Sie DIE LINKE in Hamburg.

Mitarbeiten – Mitglied werden!

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ort und Datum

Unterschrift

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ich erkläre mit meiner Unterschrift dazu mein Einverständnis:

Ort und Datum

Unterschrift

Bei der Gruppierung vor Ort bzw. beim Landesverband Hamburg abgeben oder einsenden an:
Partei Vorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

DIE LINKE

Landesverband Hamburg

Kreuzweg 7

20099 Hamburg

Tel.: 040-389 21 64

Fax: 040-43 09 70 28

Bürozeiten:

Mo. und Do. 14.00 bis 18.00 Uhr,

FR. 11.00 bis 16.00 Uhr

geschaeftsstelle@die-linke-hh.de

www.hier-ist-die-linke-hamburg.de